

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
vierteljährlich 14.88 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 zl. Deutschland 2.50 R.M. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Gernot-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die einseitige
Rechteckezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 97

Bromberg, Freitag den 28. April 1933

57. Jahrg.

Nationalversammlung für den 8. Mai einberufen.

Warschau, 27. April. (PAT) Nachdem der Präsident der Republik gestern vormittag den Ministerpräsidenten Piłsudski empfangen hatte, stattete dieser im Sejmgebäude dem Sejmarschall Świdziński einen Besuch ab und händigte ihm eine Verordnung des Staatspräsidenten vom 26. April d. J. ein, nach welcher die Nationalversammlung für den 8. Mai nach Warschau einberufen wird.

*

Opposition und Präsidentenwahl.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Je mehr der Zeitpunkt des Zusammentritts der Nationalversammlung, welche die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen haben wird, näher rückt, desto aktueller wird für die Parteien der Opposition die grundsätzliche Frage, ob sie an der Nationalversammlung teilnehmen oder Stimmenthaltung üben, oder sogar demonstrativer Nationalversammlung fernbleiben sollen. Diese Frage ist innerhalb der Oppositionspartei seit Monaten erörtert worden und zwar mit dem Ergebnis, daß nur die Nationale Partei (Nationaldemokratie) zu einem endgültigen Entschluß gelangt ist, während in den anderen Oppositionsparteien der Kampf um eine Entscheidung in dieser Frage noch fortduckt. Die Nationale Partei ist, wie versichert wird, entschlossen, die Nationalversammlung zu sabotieren und eine entsprechende Aufforderung an ihre Abgeordneten und Senatoren in einer feierlichen Proklamation zu begründen. Das Fernbleiben von der Nationalversammlung, in welcher die wohldisziplinierte Regierungsmehrheit nach Gewinnung von noch fehlenden Stimmen aus den Reihen der gemäßigten Opposition eine ihr vielleicht erst im letzten Augenblick proklamierte Persönlichkeit zum Staatspräsidenten wählen wird, stellt ohne Zweifel eine eindrucksvolle Protestkundgebung gegen das Regierungssystem dar und ist daher ein gewichtiger Triumph, den die Nationaldemokratie vor allem mit Rücksicht auf die Stimmung der nationalistischen Jugend ausspielen zu müssen glaubt, die in der Hoffnung erzogen wird, daß in naher Zukunft ein recht-nationalistischer Umsturz in Polen unvermeidbar sei.

Die moralische Wirkung der Sabotierung der Nationalversammlung wäre aber von beschränktem Wert, wenn sich die anderen Oppositionsparteien diesem Akt nicht anschließen würden. Denn erst das Fernbleiben der gesamten Opposition von der Nationalversammlung könnte dem Protest gegen das Regierungssystem in Polen eine gewisse Feuerkraft und Großzügigkeit geben. Für diese Einheitsfront der Opposition sind nun aber keinerlei günstige Voraussetzungen vorhanden.

Abgesehen von der Nationalen Partei bestehen in den einzelnen Oppositionsparteien sehr scharfe Differenzen bezüglich der Haltung gegenüber der Nationalversammlung. Es ist bemerkenswert, daß die führenden Kreise der Oppositionsparteien vielfach zur Sabotierung der Nationalversammlung drängen, während aus der Tiefe der Parteien sich ein heftiger Widerstand geltend macht. Diese Erscheinung tritt besonders in der (bäuerlichen) Volkspartei zutage, wo die Idee des Fernbleibens von der Nationalversammlung seit Monaten erörtert wird. Vor den Osterfeiertagen hat sich der Bauernführer Witold in einer öffentlichen Versammlung gegen die Teilnahme der Abgeordneten und Senatoren der Volkspartei an der Wahl des Staatspräsidenten ausgesprochen. Es schien zunächst, als ob durch diese Erklärung die Haltung der Volkspartei präjudiziert sei. Das hat sich aber bald als Irrtum erwiesen. Am 25. d. M. fanden im Sejm Beratungen des parlamentarischen Klubs der Volkspartei statt, wobei sich über die Frage der Haltung des Klubs gegenüber der Nationalversammlung eine langwierige Diskussion entspann, die zu keinem Ergebnis geführt hat, weil die Meinungen allzu sehr auseinandergingen. Der Klub mußte die Beschlusssfassung in dieser Frage bis zur nächsten Plenarsitzung vertagen.

Eine sichtbare Uneinigkeit besteht in dieser wichtigen politischen Frage auch in der Christlich-demokratischen Partei. Der Parteiausschuß hatte zwar in einer von Korfanty geleiteten Tagung in Radom einen die Fernhaltung von der Nationalversammlung verkündenden Beschluß gefasst; doch werden, wie verschiedene Stimmen in der Christlich-demokratischen Presse (z. B. in dem Krakauer „Gloss Narodu“) beweisen, in den Korfanty weniger nahestehenden Kreisen der Thadecia gewichtige Bedenken gegen die Ausführung dieses Beschlusses erhoben. Jedenfalls ist die Diskussion im thadecischen Lager noch im Fluss und die Frage der Stellungnahme zur Nationalversammlung von ihrer Lösung noch weit entfernt.

Was die übrigen ausgesprochenen Oppositionsparteien anbelangt, so herrscht dort offenbar eine große Verlegenheit und Ratlosigkeit in den leitenden Instanzen. Das Gefühl der Ohnmacht der Führer vertieft sich durch die tägliche Wahrnehmung der Apathie der Massen, die sie zu führen haben und mit denen sie zunehmend den Kontakt verlieren. Den Arbeitermassen z. B., die ihre Stimmen für die polnische Sozialdemokratie ab-

gegeben haben, liegt die Frage der Teilnahme der PPS-Parlamentarier an der Wahl des neuen Staatspräsidenten sicherlich viel ferner als die Not des Alltags, und auf ihre leidenschaftliche Erregung bei der Erörterung dieses Problems, das für sie kein Problem ist, kann die sozialistische Parteileitung vernünftiger Weise nicht rechnen. Ein weiteres Hemmungsmoment dürfte für die PPS auch die Tatsache bilden, daß der politische Burgfrieden, der lange zwischen den polnischen Sozialisten und der Rechtsopposition tatsächlich bestanden hatte, in der letzten Zeit plötzlich — ohne Kündigung — infolge der Auswirkungen der gesamteuropäischen Sturmzeichen in die Brüche gegangen ist.

Endecja und PPS rücken immer entschiedener von einander ab und beziehen derart grundätzlich entgegengesetzte Positionen, daß von einem „vereinten Loschlagen“ gegen das Regierungssystem nicht mehr ernsthaft die Rede sein kann. Die Gesamtstimmung der Linken aller Schattierungen drückt sich in der These aus, daß ein Zurück zur regelrechten parlamentarischen Demokratie eine

reine Utopie sei und daß man nur die Wahl habe zwischen dem „geringeren Übel“ in Gestalt des Sanierungssystems, das jetzt besteht und einem noch schlimmeren Übel, das noch kommen könnte, wenn man sich von verrosteten Doktrinen nicht rechtzeitig frei machen würde. Der moralische Druck der intellektuellen Kreise der Linken wird die PPS nötigen, die Nationalversammlung nicht zu sabotieren, um den Zukunftsplänen des Rechtsnationalismus nicht die Wege zu ebnen.

Das Regierungslager hat somit — dank der außenpolitischen Konstellation und ihren Rückwirkungen auf die innerpolitische Lage in Polen — die denkbar besten Chancen für einen guten Verlauf der Nationalversammlung und für die verfassungsmäßige Wahl eines neuen Staatspräsidenten, von dem niemand, außer dem Marschall Piłsudski, bisher weiß, wer es sein wird. Marschall Piłsudski hat schon zweimal einen guten Geschmack bewiesen. Er wird ihn auch — daran ist nicht zu zweifeln — ein drittes Mal beweisen.

Die chinesische Mauer.

Neue Verschärfung der Passbestimmungen.

Der Warschauer „Naš Przeglad“ teilt den Inhalt eines Rundschreibens des Innenministers Pieracki an alle Wojewoden in Sachen der Passpolitik mit. Das Schreiben stellt eingangs fest, daß Auslandsreisen naturgemäß mit der Androhung von Valuta verbunden sind, was in größerem oder geringerem Maße auf die Zahlungsbilanz des Staates ungünstig einwirkt. Deshalb verordnet der Minister das folgende:

1. Die Erteilung gebührenfreier Pässe muß eingestellt werden, wenn der Minister im einzelnen Falle nicht anders entscheidet.

2. Die Erteilung von Pässen gegen ermäßigte Gebühr muß abhängig gemacht werden von dem Nachweis der wirklichen Notwendigkeit der Ausreise und von der vollständigen Erfüllung aller Umstände, die in den bisherigen Verordnungen zur Sache vorgesehen sind.

3. Die Erteilung von Pässen gegen normale Gebühr muß auf ein Minimum beschränkt werden, und in jedem Falle muß die Erteilung des Passes von dem Nachweis der unumgänglichen Notwendigkeit der Ausreise abhängig gemacht werden.

Der Minister macht die Wojewoden und den Regierungskommissar in Warschau persönlich dafür verantwortlich, daß die obigen Richtlinien gehörig und genau befolgt werden.

Gerüchtweise verlangte vorher, daß auch die Gebühren erhöht werden sollten. Von dieser Maßnahme scheint jedoch Abstand genommen zu sein. Interessant ist, daß die Meldung als Zweck der Maßnahmen die Verminde rung von Auslandsreisen bezeichnet.

Die vorstehende Ankündigung würde, wenn sie sich bewahrheitete, eine ganz neue Rechtslage schaffen. Die Grundlage für die Regelung der Passfrage bildete bis zum vorigen Jahre das Gesetz vom 17. Juli 1924, wodurch be-

stimmt wurde, daß Auslandspässe einer Gebühr unterliegen, deren Höhe der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Innenminister festzusetzen hatte. Gleichzeitig wurden aber im Gesetz selbst für gewisse Fälle ermäßigte Gebühren festgelegt, die 25 resp. 20 Zloty betragen, und an die Ministerialinstanz gebunden waren. Wie im Laufe der Jahre die Höhe der Normalgebühr für einen Paß schwankte, ist noch in frischer Erinnerung. Durch die Verordnung des Staatspräsidenten vom 30. April 1932, die am 7. Mai 1932 in Kraft trat, wurden das Passgesetz vom 17. Juli 1924 und damit auch die bis dahin gültigen ermäßigten Passgebühren aufgehoben, und es wurden diese ermäßigten Sätze auf 25 resp. 20 Prozent der Normalgebühr des Passes, die der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern festzusetzen hatte, festgelegt. Da die genannten Minister durch Verordnung vom 7. Mai 1932 die Normalgebühr für einen Paß auf 400 Zloty festsetzten, so erhöhten sich die ermäßigten Sätze von 25 resp. 20 Zloty auf 100 resp. 80 Zloty.

Die grundlegende Änderung in der Behandlung der Passfrage, wie sie jetzt angekündigt wird, liegt aber nicht in der Höhe der Gebühr, sondern darin, daß die Behörde von nun an darüber entscheiden soll, ob jemand ins Ausland reisen darf oder nicht. Die bisherigen Passgesetze behandelten nur die Frage der Passgebühren. Wer einen Paß bezahlen konnte, der war gesetzlich befugt, eine Reise ins Ausland anzutreten. Künftig soll das anders werden, künftig soll es von dem guten Willen der Verwaltungsbehörde abhängen, ob und wenn sie einen Paß erteilen will oder nicht. Was das bedeutet, kann sich jeder ausmalen.

So unglaublich die ganze Nachricht klingt, so scheint sie doch einen realen Kern zu enthalten; uns werden schon seit geraumer Zeit Fälle mitgeteilt, in denen einem Petenten die Erteilung eines Passes auch gegen die Normalgebühr verweigert wurde, da die Begründung der beabsichtigten Ausreise dem abfertigenden Beamten nicht ausreichend erschien.

Polen und die Kleine Entente.

Prag, 26. April. (PAT) Der Außenminister der Tschechoslowakei Benesch hat in der Plenarsitzung des Parlaments eine Rede gehalten, in der er sich mit aktuellen internationalen Problemen, vor allem mit dem Plan eines Vier-Mächte-Akkommodums beschäftigte. Der Minister sprach sich kategorisch gegen das Projekt irgend eines Direktorats in Europa aus, wobei er feststellte, daß das Ergebnis des Weltkrieges die Gleichheit der kleinen und großen Staaten, sowie der Grundsatz sei, daß alle internationalen Fragen auf dem Gebiet des Völkerbundes entschieden werden müßten.

Minister Benesch betonte, daß die Kleine Entente ein Faktor der Stabilisierung in Mitteleuropa sei und ging dann des näheren auf die Beziehungen der Tschechoslowakei zu den einzelnen Staaten ein. „Unsere Beziehungen zu Polen“, erklärte Benesch, „entwickeln sich immer besser. Die letzten Ereignisse in der internationalen Politik haben den gleichen Widerhall in Polen und in den Staaten der Kleinen Entente gefunden und automatisch eine gegenseitige Annäherung bewirkt. In Polen werden, ebenso wie in der Tschechoslowakei seit einigen Monaten die Tendenzen zu dem sogenannten europäischen Gleichgewicht, die Tendenz zur unmittelbaren Verständigung der Mächte und im besonderen die Tendenz der Mächte, eine gewisse Politik zu treiben, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, die für die Interessen der kleineren Staaten entscheidend sein könnte.“ Polen, das mit vollkommenem Recht stolz ist auf seine nationale Tradition, auf seine historische Rolle, die es im Leben Europas in Zukunft zu spielen das Recht hat, ist in diesen Dingen noch empfindlicher als die Kleine Entente.

Mit Rücksicht darauf, daß der Plan des Vier-Mächte-Paktes direkt gegen die Grenzen Polens gerichtet ist, hat Polen in allen diesen Fragen einen ähnlichen Standpunkt eingenommen wie die Kleine Entente. Unsere Beziehungen zu Polen gestalten sich immer freundlicher. Das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen wird immer größer, wobei von beiden Seiten das spezielle

Interesse der einen und der anderen Seite an dem Pakt der Kleinen Entente respektiert wird. Unsere Außenpolitik hat sich eine Verständigung mit Polen zu einer ewigen (?) Freundschaft und Zusammenarbeit zum Ziele gesetzt.“

Gescheiterte Pläne Mussolinis?

Die in Paris erscheinende „Liberté“ veröffentlicht aus Athen (es führen viele Wege aus Rom!) Informationen über die angeblichen früheren Pläne der italienischen Politik. Danach habe Italien zunächst beabsichtigt, Polen und Rumänien für sich zu gewinnen und eine territoriale Revision lediglich auf Kosten Jugoslawiens und der Tschechoslowakei durchzuführen. Im März dieses Jahres soll der italienische Gesandte in Bukarest folgende Gestaltung der politischen Verhältnisse in Ost- und Südeuropa vorgeschlagen haben. Es sollte ein Staatenblock gebildet werden, der sich aus Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien zusammensetzt, und zwar unter folgenden Bedingungen:

Bulgarien solle ein für allemal auf die Dobrudscha verzichten und dafür von Jugoslawien Mazedonien erhalten. Ungarn solle Verzicht leisten auf das rumänische Banat, sowie auf Siebenbürgen und als Aequivalent dafür das jugoslawische Banat einheimsen. Italien würde Dalmatien besetzen und schließlich solle ein Korridor gebildet werden, der durch die Slowakei Polen mit Ungarn verbinden würde.

Die rumänische Diplomatie und besonders König Karl hätten den italienischen Plan abgelehnt. Nichtsdestoweniger erfolgte eine gewisse Abflösung zwischen Bukarest und Belgrad, und aus diesem Grunde habe König Karl der jugoslawischen Hauptstadt noch keinen Besuch abgestattet.

Kriegsschulden und Abrüstung.

Der Sonderberichterstatter des französischen „Paris Midi“ erfährt über die Besprechungen zwischen Roosevelt und Macdonald, daß die beiden Staatsmänner

auch die Frage des Beitrags der USA zu einem Konsultativ- und Sicherheitspakt besprochen hätten.

Es sei wahrscheinlich, daß Präsident Roosevelt als Bedingung seiner Zustimmung zu einem solchen Pakt die Revision der Friedensverträge, insbesondere, was den Weißsel-Korridor anbelange, gefordert hat. Dieses Problem beschäftigte die Vereinigten Staaten in außerordentlichem Maße, da man in Washington der Ansicht sei, daß im Korridor die einzige ernsthafte Kriegsgefahr steige. Wenn es gelänge, dieses Problem zu lösen, wäre der Weg für eine wirkliche Abrüstung frei.

Präsident Roosevelt betrachte das Abrüstungsproblem als eine Frage von größter Bedeutung, da es vom innerpolitischen amerikanischen Standpunkt aus ihm unmöglich sei, den europäischen Schuldnerstaaten Zugeständnisse in der Frage der Kriegsschulden zu machen, wenn diese nicht eine Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben anbieten.

Hitlers Friedensbekenntnis.

Das Pariser "Journal des Débats" verzeichnete — wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte — ein Gericht, wonach der Berliner französische Botschafter François-Poncet eine Mitteilung des Reichskanzlers Adolf Hitler nach Paris übermittelt hat, daß Deutschland sich mit Frankreich verständigen wolle, wenn man ihm nur gestatte, seine Streitfragen mit Polen unmittelbar zu regeln.

Diese Nachricht ist, wie von maßgebender Berliner Stelle verlautet, völlig aus der Luft gegriffen. Der Reichskanzler hat tatsächlich in seiner Unterredung mit dem französischen Botschafter nichts anderes gesagt, als was er bereits in seiner großen Reichstagrede ausgeführt hatte, er hat sogar dieselben Wendungen gebraucht. Er hat also von neuem betont, daß die Reichsregierung

auch da, wo die heutigen Beziehungen noch mit Schwierigkeiten belastet sind, sich ehrlich bemühen wolle, einen Ausgleich zu finden, und daß sie überzeugt wäre, daß ein solcher Ausgleich auch im Verhältnis zu Frankreich möglich sei, wenn die Regierungen beiderseits die schwiebenden Probleme weiterschauend in Angriff nehmen. Er hat aber in diesem Zusammenhang nicht von einer Isolierung Polens gesprochen.

Besonders eigenartig — so heißt es in der offiziösen Berliner Meldung weiter — ist die Haltung der englischen Presse. Das Bekennen, daß Reichskanzler Hitler in Potsdam zum Frieden ablegte, ist vom größten Teil der englischen Blätter einfach unterschlagen worden. Der Londoner Berichterstatter der "D. A. Z." hat das gebührend festgenagelt, indem er die englischen Zeitungen einzeln namhaft mache, die sich an dieser Geschichtsfälschung beteiligt haben. Daraufhin hat nun der Berliner Vertreter des Reuter-Bureaus gebeten, klarzustellen, daß weder ihn noch das Londoner Reuter-Bureau selbst eine Schuld daran trifft; denn er hat die Worte Hitlers nach London übermittelt, und sein Bureau hat sie auch weiterverbreitet. Übernommen wurden die Friedensworte Hitlers aber nur von der Londoner "Times" und von der englischen Provinzpress. Daß gerade die anderen großen Londoner Blätter übereinstimmend diesen wichtigen Passus aus der Hitler-Rede gestrichen haben, läßt auf Zusammenhänge schließen, die wohl nicht privater Natur sind. *

Macdonald gegen eine Revision.

Paris, 27. April. (PAT) Die Havas-Agentur meldet aus Washington, daß nach Informationen von dem Weißen Hause nahestehenden Kreisen Macdonald in seinen letzten Gesprächen mit dem Präsidenten Roosevelt sich gegen die Möglichkeit einer Revision der Traktate unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in Europa ausgesprochen habe.

Washington.

Weltwirtschafts-Konferenz — am 12. Juni.

Paris, 27. April. (PAT) Die Havas-Agentur meldet, daß gestern in einer Konferenz zwischen Roosevelt, Macdonald und Herrriot beschlossen worden sei, die Weltwirtschafts-Konferenz am 12. Juni in J. in London zusammenzutreffen zu lassen. Das Organisationskomitee, das seinen Sitz in London hat, hat bereits die Einladungen an die Vereinigten Staaten von Amerika, sowie an Deutschland, Frankreich, Italien, Japan und Norwegen unter Beifügung des Programms der Konferenz versandt.

Gemeinsame Erklärung Macdonalds und Roosevelts.

Washington, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Roosevelt und Macdonald haben eine gemeinsame Erklärung über die Hilfsmahnahmen zur Welterholung herausgegeben, in der die Erhöhung der Rohstoffpreise als die Kernfrage des Problems bezeichnet wird.

Macdonalds Abreise.

New York, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Während eines Abschiedsbesuches, das dem englischen Ministerpräsidenten im Hotel Astoria gegeben wurde, erklärte Macdonald, daß eine enge Zusammenarbeit Englands mit den Vereinigten Staaten eines der Hauptziele der englischen Politik sei. Nach dem Abschiedsbesuch trat der englische Ministerpräsident auf dem Dampfer "Berengaria" die Rückreise an.

Optimistische Pariser Stimmen.

Paris, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Morgenpresse äußert sich über den Verlauf der Washingtoner Besprechungen recht optimistisch. Die bedingten Sicherheitsvorschläge Roosevelts haben einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen. Man hofft, daß es im Falle ihrer Verwirklichung gelingt, auch England für die These einer "dauernden mobilen Kontrolle" (aber in allen Ländern! D. R.) zu gewinnen. Das "Echo de Paris" faßt die bisherigen Ergebnisse der Besprechungen u. a. wie folgt zusammen:

1. Roosevelt habe sich nicht für einen Konsultativpakt ausgesprochen, sondern auch für die Aufgabe des Grundsatzes der sogenannten Freiheit der Meere, d. h. Amerika werde in Zukunft nicht mehr mit einem einzigen bestimmten Angreifer Handelsbeziehungen aufrecht erhalten. In diesem Falle sei es Frankreich möglich, sich an England zu wenden, um zu erklären, daß der einzige Einwand, den es wegen der Sanktionen gegen den Artikel 18 des Völkerbundpaktes erhoben habe, verschwunden sei, und daß es sich nunmehr an den Sanktionsmaßnahmen gegen einen etwaigen Angreifer beteiligen könne, ohne Gefahr zu laufen, sich dabei mit Amerika zu überwerfen. Außerdem habe sich Roosevelt für eine dauernde mobile Kontrolle ausgesprochen. Allerdings, so fügt Pertinax hinzu, sei zu befürchten, daß Roosevelt dafür eine qualitative Abrüstung Frankreichs forderte.

2. In der Frage der Kriegsschulden sei nichts versprochen und nichts beschlossen worden.

3. Was die Stabilisierung des Dollars und des Pfundes betreffe, so habe man leider eine Enttäuschung festgestellt. Die Verantwortung trage jedoch einzig und allein England. Es steht zu befürchten, daß die Währungspolitik der drei Länder sich gegenseitig den Rücken fehre und daß aus der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung auch eine politische Lockerung entstehe.

Der "Petit Parisien" sieht in der Haltung Roosevelts zur Sicherheitsfrage eine Ermutigung für die Fortsetzung der Genfer Verhandlungen, vor allem um endlich eine zufriedenstellende Lösung für die Frage der Feststellung des etwaigen Angreifers zu finden.

Die der Regierung nahestehende "Ere Nouvelle" sagt, Herrriot habe in Roosevelt einen sehr verständnisvollen Mann gefunden, der die feste Absicht habe, den Bedenken Europas weitgehend Rechnung zu tragen. Allerdings dürfe man nicht vergessen, daß man nach Roosevelt auch noch Amerika gewinnen müsse.

vor dem polnischen Gericht verantworten werden, nach der Beschlagnahme zu entstellen, als uns der Mund verboten war. Dieses Blatt hat wahrhaftig keinen Grund, sich über die sieben Fälle in Westfalen zu entrüsten und dabei von einer "irrtümlichen" Berichterstattung der "Deutschen Rundschau" zu fabeln.

Wenn es mit diesen sieben Fällen keine Richtigkeit hat, dann bitten wir unsere Landsleute im Reich um einer gesunden und gerechten Politik willen weiter großzügig zu sein und auch diese Missstände zu beseitigen.

Wir lassen uns nicht provozieren, wir werden weiter den Weg des Rechts gehen und für die Freiheit der Minderheiten an beiden Seiten der Grenzen mit vollem Herzen und Verstand einzutreten wissen.

Düsterberg verabschiedet!

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer vom Bundesamt des Stahlhelm herangegebenen Mitteilung hat sich der erste Bundesführer, Reichsminister Franz Seldte, nach dem Ausscheiden des zweiten Bundesführers Düsterberg entschlossen, die Führung des Bundes allein in seine Hände zu nehmen.

"Revisionismus" in Jugoslawien.

Prozeß gegen den Kroatenführer Matschel.

Am Montag hat vor dem Belgrader Gericht zum Schutze des Staates die Hauptverhandlung gegen den Führer der kroatischen Bauernpartei Dr. Vladimir Matschel begonnen. Dieser Prozeß begegnet auch außerhalb Jugoslawiens großem Interesse.

Angeklagt ist nur Matschel selber. Es wird ihm vorgeworfen, im November 1932 an der Abschaffung einer Resolution mitgearbeitet zu haben, in der verlangt wird, daß die Länder jenseits der Donau, Save und Drina, die gegenwärtig einen Teil des Königreichs Jugoslawien bilden, die staatsrechtliche Stellung wiedererlangen sollen, die sie im Jahre 1918 nach dem Sturze der österreichisch-ungarischen Monarchie besaßen.

Die Anklageschrift sieht darin einen Versuch, Teile des Königreichs abzutrennen und in einen selbständigen Staat umzuwandeln. Es handelt sich um ein Verbrechen im Sinne des Artikels 3 des Gesetzes zum Schutz des Staates, das mit Buchstabe bis zu fünf Jahren bestraft werden kann.

Ferner heißt es in der 15 Seiten umfassenden Anklageschrift, Matschel habe bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter zwar versucht, die Bedeutung der Resolution etwas abzuschwächen, doch gehöre aus dem Wortlaut wie aus den von Matschel verschiedenen ausländischen Zeitungen, wie "Manchester Guardian", "New York Times", "Petit Parisien" und "Augsburger Freie Presse", gegebenen Interviews klar hervor, daß er mit der Resolution separatistische Zwecke verfolgt habe.

Dr. Matschel wird bezeichnender Weise von Dr. Trumbitsch verteidigt, der seinerzeit als erster das Amt eines Außenministers des Vereinigten Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen bekleidete.

Geheimnisvoller Rückzug der Japaner.

Peking, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Eine plötzliche Zurückziehung der japanischen Truppen aus ihrer vordersten Linie am Luan-Fluss erregt in Peking großes Aufsehen. Die chinesischen Truppen rücken den zurückgehenden Japanern in geringem Abstand nach und rechnen mit der baldigen Biedereinnahme von Tschinwangtan und Peitaiho. Die Beweggründe des japanischen Rückzuges sind geheimnisvoll. Unbestimmten Gerüchten zufolge wird ein großer Teil der Japaner in größerer Zahl nach der russisch-mandschurischen Grenze befördert. Eine andere Version geht dahin, daß die Japaner ihre Truppen zu einem konzentrierten Angriff auf Peking und Tientsin durch den Kupeila-Pass zusammenziehen wollen.

Aus anderen Ländern.

Rücktritt der Holländischen Regierung.

Amsterdam, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang mit den Neuwahlen zur holländischen Kammer ist die Holländische Regierung zurückgetreten.

Auch die Regierung in Estland zurückgetreten.

Reval, 27. April. (PAT) Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von zwei der Zentrumspartei angehörigen Ministern hat das Kabinett Paets sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Kleine Rundschau.

Wirbelsturmatastrophe über den Bermudas.

New York, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Bermuda-Dreiecke wurden am Mittwoch morgen von einer Wirbelsturmatastrophe heimgesucht. Von vielen Häusern wurden die Dächer abgedeckt und durch die Lust getragen. Der Eisenbahn- und Schiffsverkehr wurde stark beeinträchtigt.

Die Niobe-Spende.

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ende August 1932 nach dem tragischen Untergang des Segelschiffes "Niobe" eingeleitete Sammlung zugunsten einer "Niobe-Spende" ist jetzt mit einem Ergebnis von über 250 000 Rmk. abgeschlossen worden. An dieser Sammlung haben sich schätzungsweise 1½ bis 2 Mill. Einzelpersonen mit kleinen und kleinsten Zuweisungen beteiligt.

Das Ergebnis der Sammlung wird in seinem Hauptteil als eigentlicher Grundstock für den Neubau eines Schulschiffes dem Reich zur Verfügung gestellt.

Eine schwere Erdbebenkatastrophe

suekte am Dienstag die Insel Kos in Dodekanos (zwölf Inseln nördlich von Rhodos) heim. Mehrere heftige Erdstöße richteten großen Schaden an. Nach bisherigen Meldungen wurden 200 Tote gesorgten.

Die Quellen.

Fühlst du die stillen Quellen rinnen,
Die sich in ferne Ströme gießen?
Tief in dir ruht ihr Anbeginnen,
Jenseits von deinen wachen Sinnen —
Sie müssen im geheimen fließen.

Und klingt bei deinen festen Schritten
Auch laut der Kunst, des Witzes Schelle,
Was zu dir fiel, was du erstritten,
Was dir geglückt und du gelitten,
Folgt nur dem heimlichen Gefälle.

Es müssen laute Stunden sein
Und fern vom Lärm und Staub der Straßen,
Die dich, befreit von Schall und Schein,
Tief durch den Puls der Welt hinein
In deine Quellen lauschen lassen.

E. G. Kolbenheyer.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 27. April.

Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen lünden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Bojkott-Manie.

Es hat sich scheinbar in diesen Tagen ein neues Gesellschaftsspiel herausgebildet: „Ich boykottiere dich, du boykottierst mich, er boykottiert uns, wir —“ schneiden uns alle in den Finger, müsse es weiter heißen. Frag nicht warum! Das kann dir nämlich niemand mehr sagen. Aber: Es gibt wahrscheinlich kein größeres Glück auf Erden, als von dir boykottiert zu werden. Das ist die neue Variation auf einen alten Schlager.

Bisher hat man hierzulande die Deutschen boykottiert: Deutsche Bücher, deutsche Filme, deutsche Waren, deutsche Geschäfte — nur nicht deutsche Kunden. Das wird allmählich langweilig und nun wird der Boykott ein wenig ausgedehnt. Zunächst einmal auf die Juden. Da fand am letzten Sonntag eine Generalversammlung der Delegierten des Verbandes der Kaufmännischen Vereine für den Neustadt statt. Und diese Generalversammlung nahm eine Resolution an, in der es u. a. heißt: „Indem sich die Versammlung mit der polnischen Allgemeinheit in der Boykottaktion der jüdischen und deutschen Waren solidarisiert, wird festgestellt, daß die polnische Kaufmannschaft in der Lage ist, allen, selbst den höchsten Ansprüchen der Kundshaft zu genügen und den Erwerb von Waren eigener Produktion zugänglich zu machen, die durch die Hände polnischer Arbeiter hergestellt wurden.“

Bisher boykottierten Juden und Polen Deutsche. Heute boykottieren Polen Juden und Deutsche. Und bald wird es ein Geschrei geben, wie es Goethes „Bauverlehring“ angestimmt hat: „Herr, die ich rief die Geister, werd' ich nun nicht los!“

Aber da wir das Boykottieren gerade so schön geübt haben, warum sollen wir es nicht auch noch ein wenig ausdehnen? Z. B. auf den „Ilustrowany Kurjer Codzienny“. Die polnische Presse schämte noch immer über die Frechheit dieses Blattes, den bekannten „Wasserpolen“-Artikel des Herrn Schedlin-Garlicki veröffentlicht zu haben. Übrigens schreiben die hiesigen polnischen Blätter nie anders als „Schädlings-Garlicki“.

Aber nicht nur die Presse ist entrüstet. Die Vorstandsmitglieder sowie die Patronatsgeistlichen aller polnischen Arbeitervereine des Bromberger Bezirks, zu denen etwa 4000 Mitglieder gehören, haben in einer Konferenz am 24. d. M., in der man sich mit dem Inhalt des Artikels „Wasserpolen — der Schandfleck Pommerebens“ befaßte, folgende Entschließung angenommen:

„Der Verband der katholischen polnischen Arbeitervereine des Bromberger Bezirks gibt diesen Tiefen Entzürnung Ausdruck und verurteilt den Artikel als einen niederrächtigen und unbegründeten Überfall auf die patriotische Bevölkerung Brombergs und Pommerebens. Die ortsaussässige polnische Bevölkerung hat in der Zeit der Knechtschaft mehrfach männlich ihre Zugehörigkeit zum Polentum manifestiert, nach der Wiedererlangung der Freiheit auf den Altar des Vaterlandes nicht weniger Opfer an Gut und Blut gelegt als die anderen polnischen Provinzen. Die Verdächtigung dieser patriotischen und für Polen opferbereiten Bevölkerung, daß sie eines Verrates der Nation und des Staates fähig sei, verurteilen wir als eine Tat, die schändet, vor allen Dingen den Verleumder. Im Zusammenhang mit dem niederrächtigen Überfall des „J. K. C.“ auf die polnische Bevölkerung rufen wir die polnische Bevölkerung Pommerebens auf, daß sie nicht das Blatt lesen möge, das den guten Namen Pommerebens verächtlich macht.“

Auch der „J. K. C.“, der so heftig das Boykotthorn geslagen hat, bekommt so die Geister zu spüren, die er selbst rief.

Das Deutsche Generalkonsulat in Posen und die Deutsche Polizei in Bromberg sind am kommenden Montag anlässlich der Feier des 1. Mai, dem Feiertag der deutschen Arbeit, geschlossen.

Scharfschießen veranstaltet am 2. und 4. Mai das 62. Infanterieregiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

Bestrafte Körperverletzung. Der 33jährige Landwirt Stanislaw Jamry aus Mierucin, Kreis Wirsitz, hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen

Körperverletzung zu verantworten. Im Oktober v. J. erschien bei dem Angeklagten der Landwirt Oskar Fenske, um sich eine Füre Getreide abzuholen. Wegen einer geringfügigen Ursache kam es zwischen beiden Männern zu einem Wortwechsel, den J. auf diese Weise beendete, daß er eine Faustplatte ergriff und damit dem F. über den Kopf schlug. Durch den Schlag wurde F. am Kopfe und am rechten Ohr ganz erheblich verletzt. Wegen dieser brutalen Tat wurde der Angeklagte vom Gericht zu einem Monat Arrest verurteilt.

§ Kartoffeldiebe vor Gericht. Die 33jährige Bronisława Andriejczykowa und ihr 18jähriger Bruder Edward, beide in Nakel wohnhaft, hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Kartoffeldiebstahls zu verantworten. Die Angeklagten stahlen im Oktober v. J. von dem Felde des Landwirts Jan Marczewski acht Bentner Kartoffeln, die sie für ihre eigenen Zwecke verbraucht. Die Angeklagten, die vor dem Gericht geständig sind, wurden zu je zwei Wochen Arrest verurteilt.

§ Wegen Meineides hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 25jährige Arbeiter Anton Wołosinski aus Warschau zu verantworten. In einem Civilprozeß, der im November v. J. vor dem hiesigen Kreisgericht stattfand und in dem W. als Zeuge vernommen wurde, hatte er unter Eid ausgesagt, er habe gesehen, wie der Privatkläger den Angeklagten geschlagen habe. Die Aussagen des W. erwiesen sich jedoch als nicht der Wahrheit entsprechend, wie durch weitere Zeugen nachgewiesen werden konnte. Der Angeklagte hält in der Gerichtsverhandlung seine früher gemachten Aussagen aufrecht, jedoch mit der Einschränkung, daß beide Teile sich s. St. geschlagen hätten. Der Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub verurteilt.

§ Diebstahl. In einem hiesigen Kassehause wurde von einem Kellnerlehrling mit Hilfe von Nachschlüsseln die Büttelflasche erbrochen und um 50 Zloty beraubt. Der Täter wurde verhaftet. — Ein wirklich schwerer Junge muß es gewesen sein, der dem Schmiedemeister Franciszek Kazimierzak, Danzigerstraße 123, einen zwei Bentner schweren Amboss gestohlen hat.

§ Ein Waldbrand entstand kurzlich in der Försterei Jaschnitz. Dort verbrannten zwei Hektar Schonung. Dank sofortigen Eingreifens konnte ein Ausbreiten des Feuers verhindert werden. — Vorgestern vormittag geriet ein zehnjähriger Waldbestand in der Försterei Brendenhoff in Brand. Auch hier wurde das Feuer bald lokalisiert. Während im ersten Falle spielende Kinder das Feuer verursacht haben, hat im zweiten Falle leichtsinniges Fortwerfen eines brennenden Zigarettenstummels den Brand hervorgerufen.

§ Von einem Auto angefahren wurde heute vormittag auf der Danzigerstraße in der Nähe der Moltkestraße die in Nakel wohnhafte Ehefrau Stanisława Górecka. Beim Überqueren der Straße bemerkte sie nicht das Herannahen des Autos, wurde von diesem erfaßt und zu Boden gerissen. Zum Glück hatte sie, wie im Städtischen Krankenhaus festgestellt werden konnte, nur leichte Hautabschürfungen davongetragen.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Vogtverein. Nächste Probe Freitag, d. 5. Mai (Frühjahr). (2790)

□ Crone (Koronowo), 26. April. Überfahren wurde von einem Auto das Töchterchen des Kutschers Iwiński. Die Kleine trug so schwere Verlebungen davon, daß an ihrem Aufkommen gezwinkelt wird.

■ Gąrsnian (Garsnów), 26. April. Dollarerben gesucht. Gesucht werden die Erben des im Jahre 1861 geborenen Schuhmachers Josef Truskowski, der im Jahre 1884 nach Amerika ausgewandert ist. Er ist in Baltimore U. S. A. gestorben und hat 9000 Dollar hinterlassen. Erben sollen sich beim Magistrat Gilehn melden.

■ Gąrsnian, 25. April. In der Nacht zum 25. April hat in Briesen (Brzezno), Kreis Gąrsnian, ein vierundzwanzigjähriger Besitzer seines Lebens durch Erhängen ein Ende gemacht. Was den jungen Mann zu der traurigen Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

■ Friedingen (Mirowice), 25. April. In der vergangenen Nacht wurden aus dem Stall des hiesigen Lehrers Bechtloff 16 Hühner und 4 Puten gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

■ Gnesen (Gniezno), 26. April. Die Viehverwertungsgenossenschaft Gnesen hielt heute mittags 12.30 Uhr im Saale der Freimaurerloge ihre diesjährige Generalversammlung, die von ca. 300 Mitgliedern besucht war, ab. Wie aus dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, beträgt der Gesamtumsatz für das abgelaufene Geschäftsjahr 1932 14 487 320,40 Zloty. Umgekehrt wurden: Schweine 27 030, Rinder 1261, Kälber 1747, Schafe 1237, Pferde 8. Die saftungsgemäß auscheidenden Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats Genrich, Haas und Grund wurden wiedergewählt. Besitzer Stoffermeier neugewählt. Die Viehverwertungsgenossenschaft Gnesen ist mit über 800 Genossen die größte Genossenschaft dieser Branche in Polen.

Dem ehemaligen Reiter in Trzempal bei Tremesien wurden in der Nacht zum Mittwoch ein Eber und eine Ziege im Gesamtgewicht von 9 Bentnern von bisher unbekannten Dieben aus dem Schweinstall gestohlen.

* Lissa (Leszno), 26. April. Die weiteren Verhandlungen des Warschauer Bezirksgerichts in Lissa dienten der Vernehmung von Zeugen, die ständig mit Sielecki in Fühlung standen und den Inspektor mehr oder minder schwer belasteten. Nachmittags 4 Uhr war die Lissauer Vernehmung der Zeugen beendet. Von einem Polstertermin nahm das Gericht Abstand und vertagte den Prozeß auf Donnerstag. An diesem Tage wird er in Warschau ernannt aufgenommen werden. Die Beteiligung des Lissauer Publikums war sehr groß.

Im Zusammenhang mit dem Einbruchsdiebstahl in Conrads Hotel gelang es den Bemühungen der Polizei, einen Mann zu verhaften, der sich später als ein langgesuchter Buchhändler entpuppte. Er wurde ins Gefängnis eingeliefert. Außerdem gelang es der Polizei, fast sämtliche gestohlenen Gegenstände den Dieben wieder abzugeben.

■ Nakel, 25. April. Arbeitslose und Zigeuner stahlen im Verlaufe des vergangenen Winters zahlreiche Zäune. So wurde der Baum im Schützenpark, der den Schießstand der Schützengilde einschließt, vollständig fortgeholt. Dieser Baum bestand nur aus Eisenbahnschwellen.

Die Diebe scheuten auch nicht, vom alten Bielawyer Friedhof das Hauptkreuz zu stehlen und verschiedene morsche Grabkreuze mitzunehmen.

Auf dem heutigen Jahrmarkt zahlte man für Butter 1,80—1,40, für Eier 0,80—0,90.

Zu großen Schlägereien kam es in den Lokalsräumen des Hotels Bielawski, wo sich einige Burschen sehr artig betranken, daß sie anfangen, sich mit Biergläsern zu bewerfen. Einem Unbeteiligten, der dort Billard spielte, traf ein zerbrochenes Bierglas am Kopf und verletzte ihn nicht unbedeutlich. Dr. Lewy mußte gerufen werden, der die Wunden verband.

■ Posen, 26. April. Wegen Arbeitslosigkeit brachte sich der 18jährige Arbeitsbursche Florian Gajka in der Schillingsallee einen Messerstich in die Herzgegend bei. Der Zustand des Lebensüberdrüssigen ist gefährlich.

Am Montag nachmittag wurde die Familie Piotrkowski aus der fr. Bitterstraße 35 auf einem Spaziergang in der Nähe von Luisenhain von sieben Burschen offenbar in räuberischer Absicht überfallen und schwer mißhandelt. Die Täter sind inzwischen von der Polizei ermittelt und festgenommen worden. — Ein Bewohner von Luban wurde in der Nähe des Eichwaldes von einem Burschen um eine Zigarette angesprochen, und als er diese verweigerte, in die Hand geschossen.

Die zehnjährige Halina Paşa wurde von einem mit Kartoffeln beladenen Wagen überfahren und erlitt eine schwere Verlebung eines Unterschenkels.

Wegen Veranstaltung des Kummelblättchenspiels, bei dem er einer Frau aus dem Kreise Strelno 20 Zloty abgauerte, wurde der Schlosser Leon Schulz aus der Fabrikstraße 4 festgenommen.

Der Fleischer Franz Kłodziej aus der Szelonowskistraße 59 wurde festgenommen, weil er von einer Frau Franziska Blaszyk erhebliche Beträge erpreßt hatte.

Bei einem Einbruchsdiebstahl in die Wohnung eines Cäsar Kret in der fr. Glogauerstraße wurde Herren- und Damenwäsche im Werte von 750 Zloty gestohlen.

Als blinde Passagiere wurden auf der Fahrt von Bromberg nach Posen eine Leokadia Szymańska und ein Johann Gardecki, beide aus Bromberg, sowie der Obdachlose Erwin Marmonowicz ertappt und auf dem hiesigen Hauptbahnhofe der Polizei zur weiteren Veranlassung übergeben.

■ Strelno, 25. April. Der Wirtschaftsbeamte des Gutes Czerniai, Panića, stieg auf eine Leiter, um den Taubenschlag zu schließen. Plötzlich geriet die Leiter ins Rutschen. Um sich festzuhalten, ergriff P. einen Pfahl, wobei er mit dem Ringerring hinter einen Nagel geriet und ihm der Ring infolge des Ruckles und der Körperschwere den Ringfinger glatt abschnitt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Blutige Hochzeit.

■ Giechocinek, 25. April. Der Besitzer Grunet in Woluschewo feierte die Hochzeit seiner Tochter. Als die Gäste sich genügend an Czajsta erquikt, gelabt und gestärkt hatten, begann unter den Geladenen aus nichtigen Ursachen ein Streit, der bald in eine wilde Schlägerei überging. Mit vereinigten Kräften schlugen die Brüder Teodor, Stefan, Jędrzej Grunet, Emil Kantowski, Bronisław Buse, Antoni und Jędrzej Romanowski unter dem Oberbefehl des 84jährigen Felix Romanowskis lustig auf die Besitzer Felix Morawski und Drygas-Woluschewo ein. Schließlich gelang es dem aus vielen Wunden blutenden M. auf den Hof zu entkommen. Die Schlägerei in der Stube ging weiter, wo man blindlings mit Stühlen, Tischbeinen, Schnaps- und Bierflaschen auf einander einschlug. Schließlich griffen auch die Frauen in den Streit ein. Mit Teller, Kochendem Wasser und auch erbärmlich die holde Weiblichkeit ein Bombardement auf das Schlachtfummel der Männer. Ja, eine der Frauen warf sogar eine volle Bratpfanne Fleisch in den Tumult. Mit einem Spaten bewaffnet kehrte jetzt Morawski zurück, angeblich, um seinen Mantel zu holen. Sofort stürzte sich die ganze Rote auf M. und begann von neuem auf ihn einzuschlagen. Tapfer suchte der mit dem Spaten und spaltete Teodor Grunet den Kopf. Mit einer Dunggabel riß Emil Kantowski dem sich verzweifelt wehrenden Morawski den linken Arm auf. Das entschied den Kampf. Als die Frauen die vielen blutenden Männer sahen, ergriffen sie die Flucht und versteckten sich alle auf dem Haußoden. Auf dem Kampfplatz blieb Morawski, der trogförstiger zweimaliger Operation im Sterben liegt.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 27. April 1933.

Krakau + 2,92, Jawischow + 0,90, Warthau + 0,85, Włock + 0,76, Thorn + 0,83, Gordon + 0,90, Cuim + 0,81, Graudenz + 1,01, Kurzegrat + 1,14, Biedel + 0,38, Dirichau + 0,32, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,44.

Sollten Sie

in Ihrem Bekanntenkreise jemand haben, der noch nicht Abonnement der „Deutschen Rundschau“ ist, so werben Sie für uns. Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstellen nehmen Abonnements für den Monat Mai entgegen.

Bezugspreise am Kopf der Zeitung vermerkt.

Chefredakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krause; für Handel und Wirtschaft: Arno Starke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodek; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. p. fällig in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 97.

Vom 1. Mai 1933 ab befindet sich mein

Engros - Fahrradgeschäft und Detail - ulica Długa Nr. 54.

Otto Rosenkranz.

3663

Statt Karten.

Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Teilnahme, sowie für die vielen Kranzpenden beim Heimangehe meines geliebten Mannes, insbesondere Herrn Pfarrer Steinke für die mich aufrichtenden herzlichen Trostesworte meinen

herzlichsten Dank.

Frau Irma Baehr geb. Müller.

Konstantow, den 26. April 1933.

Allen Bekannten ein
herzliches Lebewohl.

Martha Ziemer
Herbert Ziemer.

Solec Kuj., den 27. April 1933.

Rasiermesser II. Scheren

werden sachmässig geschliffen bei

Fr. Wilke, Gdanska 22. Tel. 73.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis,
daß mein bisheriger

Ziegelmeister Machlinske

nicht mehr bei mir angestellt ist, keine
Verkäufe mehr tätigen und keine Gelder
kassieren darf.

Claire Peterson

Vorschriftsmäßige

Miets-Quittungsbücher

zt 1.25

Versand nach außerhalb
gegen Einsendg. von zt 1.50

A. Dittmann, T. z. Bydgoszcz
Marszałka Focha 6.

Schneiderin näht schnell und billig
Mickiewicza Nr. 26,
im Hof, 1 Tr. 3712

Sommer - Aufenthalt.

Nittergut, Nähe größerer Stadt Pommerell,
vermietet vom 1. 6.-31. 8. sein Herrenhaus
an Sommergäste. Elekt. Licht, Fließ. Wasser,
Telefon mit Tag- und Nachtdienst.

Bension-Preis je Person und Tag 5.50 Zloty.
Schöne landlich. Lage. Waldspaziergänge und
Fahrten. Bade- u. Angelgelegenheit. Tennis-
platz u. reichhaltige Bücherei z. frei. Benutzung
Unfr. unt. 3645 a. d. Gesch. A. Kriede, Grudziąda.

Unterricht Sommerfrische

in Buchführung
Stenographie
Jahresabrechnungen
auch brieflich. 3788

Bücher - Revisor
G. Vorreiter
Marszałka Focha 10.

Nur durch vorschriftsmäßige Buchführung m. Bilanz erlangen Sie
Steuer-Ermäßigung

H. Feier, Bücher-
Revisor, Bydgoszcz,
1523 Gdanska 130. Wg. 7.

Kinderwagen,
neuest. Modelle, herab-
gesetzte Preise. Długa 5.

Lischlerhölzer
sind in allen Stärken
ständig auf Lager.

Komplette Bauten
von Wohnhäusern,
Ställen u. Scheunen
für billige Preise aus

Holz nast.

Dampfsägewerk,
Cementwaren-Fabrik
und Baugeschäft

Więcbort 3872
ul. 3 lotowa 31. Tel. 25

für Damen-
und Herren-
bekleidung
reell, gut und
preiswert

Nur bei KUTSCHKE
Inhaber: Fritz Steinborn 3718
Tel. 1101 Bydgoszcz Gdanska 3.

Zirka 20 000 Spargelpflanzen

Braunschweiger Riesen
1 jährig 100 Std. 3 zl. 2 jährig 100 Std. 4 zl.
6000 Mahonia, 3 jähr. Sträucher, 100 Std. 10 zl.

2000 Thuja pyramidalis, 4 jähr., 100 Std. 40 zl.
600 orientalis, bis sehr stark, von 1-5 zl.

4000 Buxus arborescens, Pyramiden, von 3-5 zl.
3000 Steifblätterchen, alle Farben, Std. 5 gr.

Gartenprimel und Nuritell, Nelken, Bellis,
Bergökmeinhardt, Std. 8 Großchen

Winterharte Bumenstaude in 25-30 prima
Schnittorten Std. 15 Großchen

offeriert in starker Ware 3827

Fr. Hartmann, Oborniki (Wielkp.)

Sichtenzpflanzen

1-3 jähr. Sämlinge, 2-4 jähr. ver-
schult, Notbuchen, amer. Noteichen,

Trauben- und Stieleichen, Alazien

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

256

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Blücher'sche Forstverwaltung

Ostromie, pod Jablonowem (Pom.)

gesund und stark noch abzugeben.

v. Bl

Bromberg, Freitag den 28. April 1933.

Pommerellen.

27. April.

Deutsches Konsulat für Pommerellen.

Das Deutsche Konsulat für Pommerellen ist am kommenden Montag anlässlich der Feier des 1. Mai, dem Feiertag der deutschen Arbeit, geschlossen.

Frühjahrsschonzeit in der Fischerei Pommerellens.

Auf Grund der wojewodschaflichen Verordnung über die pommerellische Schonzeit der Fische in Pommerellen dauert diese vom 25. April 6 Uhr bis zum 3. Juni 6 Uhr. Während des genannten Zeitraums ist die Fischerei auf den offenen Gewässern Pommerellens verboten, sofern für die einzelnen Gewässer nicht besondere Vorschriften bzw. Bestimmungen erlassen worden sind. Ausgenommen von diesem Verbot ist die Fischerei lediglich mittels Gerätschaften der sogenannten ruhigen Art, d. h. mit solchen Geräten, die weder gezogen noch geschoben werden, nämlich mit Neusen, Naläden, Schläuchen usw., wie auch mittels Netzen (Standnetzen) ohne Teilnahme von Hähnen. Zur ruhigen Fischerei gehört auch das Fischen mit Handangeln. Während der Frühjahrsschonzeit sind gemäß Paragraph 108 des Fischereigesetzes vom 11. 5. 1916 alle Fischereienrichtungen von den offenen Gewässern zu entfernen und wegzustellen. Zu widerhandelnde haben entsprechende Strafen zu gewartigen.

Graudenz (Grudziadz).

Der falsche Magistratsbeamte.

von dessen ungemein frechem, gemeinschädlichem Treiben wir kürzlich berichteten, ist nunmehr von der Graudenser Polizei nach längerer Beobachtung erwischt worden. Es ist Ludwig Woźniak, ohne festen Wohnsitz. Er hat nicht nur in Graudenz unter seiner Beamten-Maske Diebstähle verübt, sondern auch in anderen Orten Pommerellens. Hinter ihm waren aus mehreren Wojewodschaften Steckbriefe erlassen worden. Außer der Eigenschaft eines Magistratsbeamten legte W. sich bei seinen Manipulationen auch den "Charakter" eines Gerichtsvollziehers oder auch eines Offiziers des Bezirkskommandos bei.

Wurde er nach seinem Erscheinen in einer verschlossenen Wohnung überrascht, so gab er an, daß er die Tür geöffnet vorgefunden habe, und beantragte z. B. die Vorzeigung einer Wohnungssteuer- oder sonstigen Quittung. Dem Herrn „Exekutor“ gelang es auch stets, die Wohnungs-inhaber über den wahren Zweck seines Kommens zu täuschen. So vermochte er denn auch, eine bedeutende Menge von Sachen zu stehlen.

In seiner letzten Behausung hatter er ein ganzes Lager von Diebesbente, die er dann als „gepfändet“ zu verkaufen suchte. Bei der dort durch die Polizei vorgenommenen Revision wurden sechs Fingerringe, darunter ein Trauring, vier Halsketten, zwei Herrenuhren, zwei Weckuhren, ein Paar Ohringe, ein elektrisches Bügeleisen, zwei große Mutter-Gottes-Bilder, eine Damenhandtasche, ein Herrenüberzieher, Wäschestücke und andere Gegenstände gefunden. Beifohlene Personen können sich zwecks Wiedererlangung ihres Eigentums bei der hiesigen Kriminalpolizei, Kirchenstraße (Koscielna) 15, melden.

Die Weichselbadeanstalt ist jetzt aus ihrem Winterquartier, dem Schulz'schen Hafen, zu ihrem Sommerstandort am Weichselufer transportiert worden. Sie hat, ebenso wie im Vorjahr, gegenüber der Rathausstreppe Aufstellung ge-

funden. Die Arbeiten zur Instandsetzung der Anstalt für den Badebetrieb haben begonnen.

Postverkehr. Im März d. J. wurden auf dem hiesigen Postamt ausgegeben: 540 790 gewöhnliche Briefe, 11 444 eingeschriebene Briefe, 245 Briefe mit Wertangabe, 3546 gewöhnliche Pakete, 277 Pakete mit Wertangabe, 368 Nachnahmesendungen, 107 Postaufträge, 6446 gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen über eine Summe von 428 193 Złoty, 12 488 Postschecks über eine Summe von 2 024 478 Złoty, 419 840 Zeitungen und Zeitschriften, 1298 Telegramme. Es trafen ein: 474 486 gewöhnliche Briefe, 14 558 eingeschriebene Briefe, 188 Wertbriefe, 6711 gewöhnliche Pakete, 572 Wertpakete, 1973 Nachnahmesendungen, 206 Postaufträge, Postanweisungen über eine Summe von 447 147 Złoty, 2390 Postschecks über eine Summe von 253 565 Złoty, 57 813 Zeitungen und Zeitschriften, 1939 Telegramme. An telegraphischen Gesprächen wurden 491 885 im Ortsverkehr, sowie 8653 von Graudenz nach auswärts und 8997 von auswärts nach Graudenz registriert.

Submission. Das Bezirkslandamt in Graudenz hat die Errichtung folgender Bauten zu vergeben: in Łaskowiz und Połn. Konopat etwa 8 Wohnhäuser, 8 Viehställe mit Scheunen, 30 Wohngebäude mit Viehställen und 30 Scheunen; in Wyżecino, Seekreis, etwa 5 Wohngebäude mit Viehställen, 3 Scheunen; in Brudz, Kreis Dirszau, die Reparatur eines Inventargebäudes. In der Offerte sind die Zahl der Baulichkeiten, die der Bewerber ausführen will, sowie deren Ort anzugeben. Offerten sind bis zum 15. Mai d. J. mittags 12 Uhr, dem Aufgabebureau des Bezirkslandamts, Gartenstraße (Drogowa) 31, einzureichen. Die notwendigen Pläne, Bedingungen und blinden Kostenanschläge sind im Baureferat des Bezirkslandamts, Zimmer 26, gegen Empfang eines Schecks auf die P. K. O. von 4 Złoty für eine Scheune und 6 Złoty für einen Viehstall zu erhalten. Das Recht der Bewerberauswahl bleibt vorbehalten.

Wechsel des Musterungsslokals. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Musterung des Jahrganges 1912, sowie der Jahrgänge 1911 und 1910 (Kategorie B) und der Freiwilligen, die in der Zeit vom 4. bis 13. Mai d. J. pünktlich morgens von 8 Uhr ab abgehalten wird, im „Dom Zolnierzów“, Provinzialamtstraße (Prowiantowa), und nicht, wie ursprünglich bestimmt war, im „Tivoli“ stattfindet. Weiter wird noch darauf hingewiesen, daß die Musterungspflichtigen unbedingt Schul- und Fachzeugnisse, die Bescheinigung über die vollzogene Anmeldung zur Stammrolle und ein ihre Persönlichkeit ausweisendes Dokument mitzubringen haben.

Straßenunfall. In der Uferstraße (Brzezna) fuhr am Dienstag ein Radfahrer namens Erwin Deuter, wohnhaft Weichselstraße (Wiślana), den sechsjährigen Knaben Bogda, Uferstraße 15, derartig an, daß der Junge zu Boden stürzte und sich eine Verletzung im Gesicht zuzog; außerdem wurden ihm beim Fallen drei Zähne ausgeschlagen.

Einen Selbstmordversuch unternahm am Dienstag eine in der Kalinerstraße (Kalinkowa) wohnende 48jährige Chefrfrau, und zwar dadurch, daß sie Sublimat zu sich nahm. Die Lebensmüde wurde ins städtische Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand gibt zu erheblichen Bedenken keinen Anlaß.

Wem gehören die Wäschestücke? Auf dem Polizeiposten Lindenstraße (Lipowa) 1 befinden sich einige Wäschestücke, wie ein Laken mit Monogramm „B“, ein großer und ein kleiner Bezug usw.; die Sachen stammen wahrscheinlich aus einem Diebstahl her. Die Eigentümerin kann sich auf dem genannten Amt melden und nach glaubhaftem Nachweis ihres Besitzrechts die Wäsche in Empfang nehmen.

Thorn (Toruń).

Über den Haushaltplan der Stadt Thorn für 1933/34

gab der Syndikus des Haus- und Grundbesitzervereins, Stadtverordneter Rundt, in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Vereins in einem hochinteressanten Referat Auskunft. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Infolge der Verordnung des Staatspräsidenten betr. Herabsetzung der Haushaltspläne der Kommunen um 25 Prozent im Verhältnis zum Wirtschaftsjahr 1930/31 hatten alle Wirtschaftsverbände eine eifrige Tätigkeit entwickelt, um ihre Postulate vor der Budgetberatung dem Magistrat vorzulegen. Sie verlangten geschlossen die Herabsetzung der Strom- und Gaspreise, des Wasserzinses um 15 Prozent, die Umgruppierung der Kommunal-Einkommensteuer infolge, als statt 4 Prozent forthin nur 3 Prozent bei Einkommen bis 3000 Złoty erhoben werden sollten. Diese Forderungen fanden bei der Anfangsberatung des Budgets auch Gehör und eine spezielle Kommission hatte sich bereits in mehreren Sitzungen mit ihnen beschäftigt. Zum Schluß fiel aber alles ins Wasser: die Aktion der Stadt Bromberg, die Danziger Eisenbahndirektion nach dort zu bekommen, mußte unterblieben werden. Auf der letzten Konferenz der Ministerialvertreter in Thorn wurde nämlich erklärt, daß der Umzug der Direktion nach Thorn 10% Millionen Złoty kosten würde, der nach Bromberg dagegen nur 1½ Millionen, weil Bromberg das Verwaltungsbüro kostengünstiger abgeben wolle. Thorn mußte sich deshalb gleichfalls zu kostenloser Abgabe entschließen, wofür die Gesamtheit stimmte. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Bau am Theaterplatz (Plac Teatralny) bis zum Juli d. J. fertigzustellen und noch zwei Seitenflügel zur Vergrößerung anzubauen. Die Beendigung der Innenarbeiten erfordert 400 000 Złoty, der Bau der Seitenflügel weitere 600 000 Zł. hinzu kommt die schon vorher ausgesprochene Belastung der Stadt mit gleichfalls 600 000 Złoty für die neue Straßenbrücke über die Weichsel. So mußten also die Steuer- und Abgabenermäßigungen unterbleiben. Demnach bleiben bestehen: der bisherige vierprozentige Kommunalzuschlag zur staatlichen Einkommensteuer, das Wassergeld mit 0,40 Złoty pro Kubikmeter plus 0,20 Złoty Kanalgebühr, die Gemüllabfuhrgebühren mit 1,25 Prozent bei einem Brutto-Mietseinkommen bis 1000 Złoty, mit 1,5 Prozent bis 2000 Złoty, und mit 1,75 Prozent über 2000 Złoty; ferner der 50prozent. Kommunalzuschlag zur staatlichen Gebäudesteuer, von dem die Hälfte für die Beschäftigung der Arbeitslosen bestimmt ist.

Von der Übersiedlung der Eisenbahndirektion verspricht man sich eine bessere Einnahme an Steuern, einen vergrößerten Umsatz in Handels- und Gewerbekreisen und für die Bürgerschaft — eine Versteuerung auf den Wochenmärkten. Der Umstand, die Eisenbahndirektion in den Mauern unserer 700 Jahre alten Stadt zu haben, würde den Stadtfädel jährlich etwa 180 000 Złoty an Zinsen und Amortisation für das unentgeltlich hergegebene Gebäude kosten, das sogar noch kostenlos ausgelassen werden soll, falls die Direktion ganz hierher käme. Die Deutsche Fraktion im Stadtparlament hatte und habe nichts dagegen, daß die Direktion nach Thorn komme, obwohl die zahlungsfähigsten Steuerzahler wohl bei uns zu finden seien, aber Warschau habe wahrscheinlich anders beschlossen?

Nach diesen einseitenden Ausführungen wandte Redner sich dem Haushaltsplane zu. Das diesjährige Verwaltungsbudget (1933/34) sieht auf beiden Seiten 2 880 000 Złoty vor (1932/33 waren es 3 400 225 Złoty) also etwa 293 000 Złoty weniger als im Vorjahr und sogar 30 Prozent weniger als vor zwei Jahren. Schlecht sehen die Steuereinnahmen aus, denn 1930/31 wurden noch 63 Prozent der Ausgaben durch Steuern gedeckt, 1933/34 aber nur noch 36 Prozent!

Eine schwere Last für die Stadt ist die öffentliche Wohlfahrtspflege, verursacht durch die Arbeitslosig-

Graudenz.

Musik-Unterricht

erteilt
Karl-Julius Meissner,
Mariacka 24.
Telefon 22.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntags, d. 30. April 1933
(Misericordias dominii)

* Bedeutet anschließende
Abendmahlfeier.

Evangel. Gemeinde

Graudenz. Borm. 10 Uhr

Pf. Gürler. 11½ Uhr

Kindergottesd. Montag,

abends 8 Uhr Jungmädchen-

verein, 8 Uhr Jungvol-

ksheimabend, Dienstag-erab.

8 Uhr Posauenhör. Mitt-

woch, nachm. 6 Uhr Bibel-

stunde, abends 8 Uhr Kreuz-

chor. 8 Uhr Jungvolk-Heim-

abend, Donnerstag abends,

8 Uhr Jungmännerverein,

Freitag nachm. 4 Uhr

Frauenhilfe.

Rehden. Nachm. 3 Uhr

Gottesdienst, Dienstag-

nachm. 5 Uhr Gottesdienst

Visitation durch den Herrn

Generalsuperintendenten.

Rehwalde. Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, Dienstag-

nachm. 1½ Uhr Gottesdienst.

Visitation durch den Herrn

Generalsuperintendenten.

Moskau. Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, danach Sitzung

der Kirchl. Körperscharen,

Montag, nachm. 4 Uhr

Visitation durch den Herrn

Generalsuperintendenten.

Wittenburg. Bleden-

weiche, vorm. 1/10 Uhr

Gottesdienst, P. Spring,

nachm. 8 Uhr Nachfeier mit

Festmahl „Das Lied von

der Glorie“.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 30. April 1933

Misericordias dominii

* Bedeutet anschließende

Abendmahlfeier.

Altstädt. Kirche. Borm.

10½ Uhr Gottesdienst, Pf. Stefani, 11½ Uhr Kinder-

gottesdienst, Mittwoch,

nachm. 3 Uhr Gustav-Alois-

Kristoff.

St. Georgen - Kirche.

Borm. 9 Uhr Gottesdienst,

Pf. Stefani, 10½ Uhr

Kindergottesdienst.

Grambschen. Vormittag

10 Uhr Gottesdienst, Pf. Kr.

Antritt.

Rogau. Nachm. 3 Uhr

Gottesdienst, Pf. Kronek.

Bogdor. Borm. 1½ Uhr

Gottesdienst, Sup. Herr-

mann.

Kentishian. Vormittag

10 Uhr Gottesdienst, danach

Kindergottesdienst, nachm.

3 Uhr Jugendveranstaltung

Dameran. Nachm. 3 Uhr

Gottesdienst, 4 Uhr Kinder-

gottesdienst.

Neubrand. Borm. 10 Uhr

Lesegottesdienst.

Gulmsee. Borm. 8½ Uhr

Kindergottesdienst, 10 Uhr

Hauptgottesdienst. Pf. Krause

Groß Bösendorf.

Seglein. Nachm. 2 Uhr

Gottesdienst, Pf. Krause

</div

keit und allgemeines Elend unter der Bevölkerung. Sie wird um 900 Prozent stärker als in den Vorkriegsjahren in Anspruch genommen. Allein 17,6 Prozent vom ganzen Verwaltungsbudget, also 505 564 Złoty, entfallen auf diesen Zweig. Etwa 900 Gemeindearme erhalten rund 11 000 Złoty monatlicher Unterstützung, dann sind noch etwa 61 000 Złoty auf Krankenhauskosten für Gemeindearme vorgesehen, ferner 48 000 Złoty an Irrenanstaltskosten und weitere 40 000 Złoty für Heilung von Sittendirnen! Das Waisenhaus benötigt 33 500 Złoty und ist bereits viel zu klein und eng für die gestellten Ansprüche.

Für Notstandsarbeiten sind nur 240 000 Złoty ausgesetzt (gegen 360 000 Złoty im Vorjahr). Hierzu ist zu bemerken, daß die Wojewodschaft auch noch große Summen zusteuernt. Die Feuerwehr, wohl der allgemein nützlichste Zweig, kommt mit 105 000 Złoty insgesamt aus.

Unnötig erscheint die Beschaffung von Gasmasken für die Beamenschaft, was auch genügend kostet. Als weitere unnötige Ausgaben sind wohl 20 700 Złoty für die Reparatur der erst einige Jahre stehenden städtischen Ausstellungshalle am Biegeleipark, deren gesamte Dachkonstruktion umgebaut werden soll, zu betrachten. Im neuen Wojewodschaftsbau sei während des strengen Frostes Wasser in den Kesseln der Heizanlage geblieben, so daß diese platzen. Der Schaden soll etwa 15 000 Złoty betragen! Aber Schulde ließen sich nicht finden! So sei es im Rathause gewesen, in dessen Heizkeller ein Rathausdiener an Kohlengasvergiftung starb, beim städtischen Schlachthause, wo eine Mauer umstürzte und Menschen tötete, beim Bau der Ausstellungshalle und bei der „Rudak“-Geschichte oder besser gesagt, dem „Thorner Sklarekland“¹, wie Stadtv. Doehn es bezeichnete.

Auch unser altherwürdiges Rathaus soll anlässlich der 700-Jahrfeier der Stadt renoviert werden, wofür man ungefähr 17 000 Złoty verausgabt will, desgleichen das städtische Präsentationslokal, der „Artushof“, der 60 000 Złoty erfordert. Das Jubiläumsjahr wird uns also genug kosten, abgesehen von der Monographie und den Gedenkmünzen. **

(Schluß folgt.)

† Der Wasserstand der Weichsel betrug Mittwoch früh fast unverändert 0,87 Meter über Normal. **

† Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 27. April, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 4. Mai, 9 Uhr vormittags einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 30. April, und am Nationalfeiertag, 3. Mai, hat die Löwen-Apotheke (Apteka pod Lwem), Elisabethstraße (ul. Króla Jadwigi) 1, Fernsprecher 269. **

v Wegeansbesserung. Der in der fr. Uferstraße entlang der Stadtmauer führende Promenadenweg, über dessen schlechte Beschaffenheit wir schon wiederholt Klage geführt hatten, wird augenblicklich in dem Abschnitt von dem Brücken- bis zum Seglertor neu hergestellt, wobei einige Arbeitslose Beschäftigung finden. Der Weg wird nach Ausgleichung der Bordsteine durch Ziegelschotter befestigt und neu beschüttet. Gleichfalls erneuerungsbedürftig ist die von dem Stadtbahnhof nach der Garnisonkirche führende Baumallee. Es wäre begrüßenswert, wenn der Magistrat auch hier eine Zustandsbegrüßung vornehmen ließe. **

v Zwecks Verhütung von Waldbränden wird von den zuständigen Stellen der § 44 der Forst- und Feldpolizeiverordnung vom 1. April 1880 in Erinnerung gebracht. Es ist danach verboten: 1. mit offenem Licht oder Feuer den Wald zu betreten; 2. im Walde Feuerstellen anzulegen, bezw. brennende oder glimmende Gegenstände leichtfertig fortzuwerfen; 3. in unmittelbarer Nähe des Waldes ohne behördliche Erlaubnis Feuer anzuzünden, oder falls dies mit spezieller Genehmigung erfolgt, daß Feuer nicht genügend zu schwülen oder die verbliebene Glut nicht gründlich zu erstickt; 4. im Falle der Aufforderung eines Polizisten, des Waldbesitzers oder Forstbeamten zur Nothilfe bei der Löschhilfe die Hilfe abzulehnen, sofern diese Tätigkeit ohne Nachteile für den Aufgesuchten erfolgen kann. Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Złoty bestraft. Arrest bis zu 14 Tagen geahndet. **

† Zwei Straßenunfälle ereigneten sich am Dienstag. Am frühen Morgen wurde in der Geretsstraße (ul. Chrobrego) die 60 Jahre alte Frau Johanna Wiśniewska von einer unbekannten Radfahrer überfahren. Sie erlitt einige Verlehrungen. — Gegen 1½ Uhr nachmittags wurde der radschnappende Wladyslaw Goliński auf dem Hermannsplatz (Plac 18 stycznia) durch einen Lastkraftwagen, dessen Nummer festgestellt ist, überfahren. Während das Rad beschädigt wurde, kam er mit nur leichten Verlehrungen davon. **

Eine Mutter erwürgt ihre beiden Kinder.

Briesen, 27. April. (PAT) Aus Piwnitz wird gemeldet: Am 25. d. M. verließ die 37jährige Anna Surmacz mit ihren beiden unehelichen Kindern, einem einjährigen Knaben und einem sechs Wochen alten Mädchen das Haus und ging in den Wald. Dort erwürgte sie die beiden Kinder, nachdem sie ihnen eine Flüssigkeit zu trinken gegeben hatte. Im Dickicht des Waldes versteckte sie die Leichen.

tz Konitz (Chojnice), 26. April. Die gestrige Stadtverordnetensitzung hatte nur wenige Punkte zu erledigen. Auf Grund eines Décrets des Wojewoden, den Haushaltspolitik wegen Sparmaßnahmen zu kürzen, wurde ein Vorschlag der Finanzkommission angenommen, das Budget nochmals vorzulegen. Ebenso soll der Bürgschaftsantrag für die mechanische Korbfabrik nochmals vorgelegt werden, da durch den Verkauf eines größeren Postens Körbe das Risiko dabei bedeutend kleiner geworden ist. Die städtische Ziegelei wurde an den Höchstädtenden Herrn Brunko verpachtet. Ein Antrag der polnischen Arbeiterpartei, daß in den Vertrag die Klausur eingesetzt werde, keine auswärtigen Arbeiter einzustellen, wurde abgelehnt, dagegen angekommen, daß der Pächter nur gebrauchte Steine verkaufen dürfe.

p Neustadt (Wejherowo), 26. April. Auf dem hiesigen Standesamt wurden vom 1.—15. d. M. 18 Geburten (9 männlichen und 9 weiblichen Geschlechts) und 12 Todesfälle gemeldet.

Unbekannte Diebe brachen hier in die Wohnung des Tiroki ein und entwendeten 900 Złoty Bargeld.

p. Neustadt (Wejherowo), 24. April. Vom Speicher des Rittergutes Alonia wurde ein großer Posten Weizen und mehrere Sattner Gerste im Werte von über 700 Złoty gekohlt.

Die Einbrecher, die in die Drogerie Biemens und die Restaurierung Baranowski, wie unlängst gemeldet, eindrangen, wurden ermittelt.

— Tuchel (Tuchola), 26. April. Am kommenden Dienstag, dem 2. Mai d. J. findet in Tuchel ein Pferde-, Vieh- und Krammarkt statt.

In Bladaw (Bladovo), Kreis Tuchel, wurden dem Besitzer Wytrawzek aus dem verschlossenen Schweinstall zwei Ferkel gestohlen, fünf Ferkel ließen die Diebe im Stall zurück.

In der Königerstraße in Tuchel schauten die Pferde eines Landwirts aus Kielpin, Kreis Tuchel. Ein Pferd stolperte dann so unglücklich über den Trottoirbordstein, daß es gegen die Schauenspielscheibe des Tabakgeschäfts Chrusczyński fiel und dieselbe zertrümmerte.

x Zempelburg (Sepólno), 26. April. Der letzte Jahrmarkt war äußerst zahlreich besucht; besonders auswärtige Händler aller Branchen füllten den Marktplatz und die angrenzenden Seitenstraßen. Die Umsätze jedoch dürften im allgemeinen den Erwartungen der Verkäufer nicht entsprochen haben. Auf dem Pferdemarkt, der nur mäßig besichtigt und besucht war, sah man wenig gutes Material. Die Preise für brauchbare Arbeitspferde schwankten zwischen 150—300 Złoty; der Handel verlief jedoch äußerst schleppend, so daß nur geringe Umsätze erzielt wurden. Auch auf dem Rindviehmarkt stand das Angebot in seinem rechten Verhältnis zur Nachfrage. Die besseren jüngeren Milchkühe wurden von den auswärtigen Händlern bei einem Preise bis 200 Złoty angekauft, während ältere Tiere größtenteils unverkäuflich blieben und von den Besitzern wieder nach Hause genommen werden mußten.

Ein Remontemarkt für die Landwirte hiesigen Kreises findet laut Bekanntmachung im Kreisblatt am 16. Mai auf dem Rittergut Skarpa statt. Zum Ankauf kommen 4-jährige gesunde Tiere.

Politische Kampfmethoden.

Könitz, 27. April. (Eigene Meldung.) Klarheit über alles! Es geht nichts über völlige Aufklärung in allen Fragen. So hätte es bislang immer noch Optimisten unter unserer deutschen Bevölkerung geben können, die annehmen, daß sich unter den Schmierfinken halbwegs zivilisierte Menschen befinden. Diese Optimisten sind heute eines anderen belehrt worden. Heute nacht wurde das Haus einer deutschen Frau in der Hennigsdorferstraße mit Menschenfett beschmiert. Jedes weitere Wort ist überflüssig!

Eine Delegation der deutschen Fraktion sprach heute bei dem Starosten vor, um diesen zu bitten, sich dafür einzusehen, daß weitere Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung unserer Stadt unterbleiben. Der Starost erklärte den Herren, daß auch er diese Auswüchse verurteile, daß die Schuldigen den Behörden bekannt wären und eine Untersuchung durch den Staatsanwalt gegen sie eingeleitet sei und daß sie eine empfindliche Strafe zu gewärtigen hätten. Er versprach ferner einen ausgiebigen Schutz.

Wir wollen hoffen, daß der Starost den damit gezeigten guten Willen auch zur Tat werden läßt, damit die von anonymen Hebern zu ihren Ausschreitungen verleiteten Täter in Zukunft ähnliche „Heldenaten“ unterlassen.

Bukowitz, Kreis Schwedt, 24. April. (Eigene Meldung.) Nachdem am 2. Okt. der evangelische Familienabend durch drohende Demonstranten gestört worden war, mußte auch der heute zugunsten der hiesigen Diakonissenstation in der evangelischen Kirche geplante Lichtbildervortrag, der lediglich religiöse und durchaus keine politischen Darbietungen bringen sollte, abgesagt werden. Denn es war durch einen treuen Warner die Meldung gemacht worden, daß nach einem gesäfsten Beschluß die Kirchenfenster eingeworfen werden sollten, sobald sich die Evangelischen zum Lichtbilderverabend in der Kirche versammelt haben würden.

Die Lodzer Palmsonntags-Tumulte und die Rolle der Juden dabei.

Die Lodzer „Freie Presse“ schreibt:

Am vergangenen Sonntag fand in Łódź eine Sitzung des Vorstandes des Deutschen Volksverbandes unter Hinzuziehung einiger führender Persönlichkeiten des Łódźer Deutschtums statt.

Senator Utta berichtete über seine Intervention beim Innenminister Pieracki. Der Herr Minister hat versprochen, eine strenge Untersuchung einzuleiten, die Schuldigen zu bestrafen und dafür zu sorgen, daß sich die bedauernswerten Vorfälle vom Palmsonntag nicht mehr wiederholen.

Ferner teilte Senator Utta den Versammelten mit, daß er am vergangenen Dienstag von dem jüdischen Abgeordneten Dr. Rosenblatt zu einer Besprechung über die in Łódź entstandene Lage eingeladen wurde. Um zu erfahren, welche Stellung die maßgebenden Vertreter der jüdischen Bevölkerung zu den an den Deutschen begangenen Gewalttaten einnehmen, nahm Senator Utta diese Einladung an. Dr. Rosenblatt wies darauf hin, daß auf die Zionistische Jugendorganisation, die in dem der „Freien Presse“ gegenüberliegenden Gebäude ihren Sitz hat, der Verdacht gefallen sei, sie hätte sich an den Ausschreitungen gegen die Deutschen beteiligt. Nach Durchführung einer genauen Untersuchung, so behauptet Dr. Rosenblatt, habe er festgestellt, daß dieser Verdacht völlig unbegründet sei. (Das Lokal war zwei Tage lang polizeilich versiegelt!) Ferner behauptete Dr. Rosenblatt, daß überhaupt keine jüdische Organisation an den deutschfeindlichen Ausschreitungen beteiligt gewesen sei, und daß die zionistischen Organisationen die Vorfälle auf die „Freie Presse“ und das Deutsche Gymnasium aufschärfte und verurteilten und brandmarken. Eine diesbezügliche Erklärung soll in den Zeitungen veröffentlicht werden. (Das ist auch bereits geschehen.)

Senator Utta entgegnete, daß leider zu dem größten Erstaunen und zur Erbitterung der Deutschen in Łódź an der Demolierung der „Freien Presse“ und des Deutschen Gymnasiums, sowie auch deutscher Buchhandlungen sich die Juden sehr zahlreich beteiligt haben. Dies hat angesichts der bisherigen guten Beziehungen zwischen der deutschen und jüdischen Minderheit in Polen im allgemeinen und des friedlichen Zusammenlebens in unserer Stadt im besonderen unter den Deutschen eine begreifliche Entrüstung

hervorgerufen. Es kann in niemandes Interesse liegen, daß der Hass und die Erbitterung weiter geschürt werden.

Dr. Rosenblatt schlug vor, eine gemeinsame Sitzung der jüdischen und deutschen Vertreter anzuberaumen und weitere Schritte zur Verhügung der aufgeriegelten Gemüter zu unternehmen.

Senator Utta behielt sich vor, diesen Vorschlag dem Vorstand des Deutschen Volksverbandes zu unterbreiten. Von ähnlichen Vorschlägen wurde auch von anderer Seite berichtet.

Nach gründlicher Aussprache beschlossen die Versammelten:

1. Die Übervölkerung auf das Deutsche Gymnasium, die „Freie Presse“, den „Volksfreund“ und die deutschen Buchhandlungen als eine barbarische, jeder Kultur höhnischende Schandtat zu brandmarken und zu verurteilen;

2. dem Vorstand des Deutschen Gymnasiums und dem Verlage „Libertas“ herzliches Mitgefühl auszusprechen;

3. den Bericht über die Intervention beim Herrn Innenminister mit Genugtuung zur Kenntnis zu nehmen;

4. festzustellen, daß eine Verhügung der Gemüter zweckmäßig sei, dagegen von der Schaffung des von den jüdischen Vertretern vorgeschlagenen deutsch-jüdischen Ausschusses als vorderhand nicht zweckmäßig abzulehnen;

5. zu den letzten Ereignissen in Deutschland und den damit zusammenhängenden Verheißungen und Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen wie folgt Stellung zu nehmen: „Der Deutsche Volksverband in Polen steht nach wie vor auf dem Standpunkt der vollen Gleichberechtigung der Minderheiten in allen Staaten Europas und wendet sich gegen jeden Terror und jede Gewalttat, denen die Minderheiten von Seiten der Mehrheitsvölker ausgesetzt werden. Er verurteilt jede Verheißung und Hassfüllung unter den Bürgern eines Staates und insbesondere das Bestreben, an einer Minderheit Vergeltung üben zu wollen, für das, was man dem Staat ihres Volkstums vorzuwerfen hat.“ —

Enthüllte Greuelmärchen.

Das „Prager Tageblatt“ hat dieser Tage behauptet, der Berliner Grobrabbiner Jonas Frankel sei in Prag eingetroffen und berichte über schreckliche Greuel an Juden in Deutschland. So erklärte er u. a., er sei von SA-Leuten überfallen und um 2000 Mark bestohlen worden. Die SA-Leute hätten ihn und seine Tochter mit Revolvern bedroht, ihn niedergeschlagen und schwer verletzt. Er habe, in Deoden gehüllt, in ein anderes Stadtviertel geschmuggelt werden müssen, und er habe sich dann so nach Prag durchgeschlagen. Er leide noch jetzt an Gleichgewichtsstörungen und an einer Gehirnerschütterung. Er habe die Absicht, nach Palästina weiterzureisen und nehm überall die Hilfe der jüdischen Hilfskomitees in Anspruch.

Von zuständiger jüdischer Stelle in Berlin wird hierzu festgestellt, daß es in Berlin überhaupt keinen Grobrabbiner gibt. Ein Rabbiner oder anderer jüdischer Geistlicher namens Frankel oder ähnlichen Namens ist nirgends vorhanden. Es handelt sich also wieder einmal um eine der üblichen Greuelmeldungen aus Prag.

Das halbamtliche „Giornale d’Italia“

nimmt, wie aus Rom gemeldet wird, abermals scharf gegen die im Ausland verbreiteten Greuelnachrichten über Judenverfolgungen in Deutschland Stellung. Diese Heze sei von den Vereinigungen aller religiösen Gesellschaften Deutschlands, nicht zuletzt von Juden selbst, als ungerechtfertigt zurück gewiesen. Nach der Aufzählung der von deutscher Seite erfolgten Dementis fährt das „Giornale d’Italia“ fort: „Die Wahrheit bricht sich Bahn. Man hat längst erkannt, daß diese Judenverfolgung in Deutschland, abgesehen von einzelnen lokalen Vorfällen, die nicht die direkte Verantwortung der Regierung treffen, nichts anderes ist als ein geschickt erfundenes Märchen, um in Europa und Amerika das neu erstandene Deutschland zu diffamieren und ihm Hindernisse zu bereiten. All das sei nicht neu. Der Fasismus habe die gleichen Verleumdungsversuche und hinterlistigen Kampfesformen kennengelernt.“

Scharfe Antwort aus Berlin

auf Daladiers Rede.

Einer Auferlegung des offiziellen Berliner Conti-Bureaus, die sich mit Daladiers Rede kritisch auseinandersetzt, entnehmen wir folgende Absätze:

„Auf die ausdrücklich an Frankreich gerichteten Worte unseres Friedenswillens in der Reichstagsrede vom 21. März, hinter denen das gesamte deutsche Volk stand, antwortete in Orange der französische Ministerpräsident mit einer Rede, die die Grundlinien der französischen Politik der letzten 14 Jahre mit erschütternder Offenheit darlegt. Frankreich hat in dieser Zeit nichts von seinen in Versailles einseitig sich selbst zuerkannten Rechten und Interessen aufgegeben und will auch weiter an dieser Grundlinie gegenüber Europa und dem zur gleichen Zeit seiner lebenswichtigsten Interessen beraubten Deutschland festhalten. Die 14jährigen Bemühungen Europas, von Gewalt und einseitigem Interessenstandpunkt zu Recht und Willigkeit zurückzufinden, bleiben unbeachtet.“

„Geradezu herausfordernd klingen in diesem Zusammenhang die Worte: Die Achtung vor dem Recht aller Völker auf Freiheit müsse gewährleistet werden. Als ob Deutschland und andere Staaten nicht jahrelang unter immer erneuten Opfern bemüht gewesen wären, den bescheidenen Teil an Freiheit wiederzuerlangen, der ihnen unter Mißachtung der Wilsonschen Grundsätze in Versailles genommen war. Auch die dunklen Andeutungen über einen sich jenseits der Grenzen vorbereitenden Terror werden Europa nicht über den mangelnden Willen Frankreichs, auch anderen Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeiten zu gönnen, hinwegzutäuschen. Für Deutschland wenigstens klingen solche Worte aus dem Munde eines Franzosen um so befremdender, als der rechtswidrige Einmarsch in das Ruhrgebiet von schweren Brutalitäten gegen die vaterländische Bevölkerung begleitet war...“

Nektor und Studenten.

Konflikt an der Berliner Universität.

Der Rektor der Berliner Universität, Professor Dr. Eduard Kohlrausch, übergibt der Öffentlichkeit zu der Meldung über einen Konflikt zwischen Rektor und Deutscher Studentenschaft folgende Erklärung:

"Die Mitteilungen der Presse, ich beabsichtige wegen des Plakats 'Wider den undeutschen Geist' vom Rektorat zurückzutreten, beziehen sich offenbar auf folgenden Vorgang: Als am vergangenen Freitag die Vertreter der Studentenschaft beantragten, das Plakat im Bestuhl der Universität aufzuhängen, habe ich den Aushang wegen zweier Sätze beauftragt. Einmal wegen These 5:

"Schreibt der Jude deutsch, dann liegt er."

Eine Wendung, die auch durch den vorangehenden Satz nicht abgemildert wird:

"Der Jude kann nur jüdisch denken."

Sodann wegen These 7:

"Wir fordern von der Zensur: jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erheben sie in deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen."

Ich nannte diese Sätze Überreibungen, die nur geeignet seien, den Kampf gegen den undeutschen Geist zu discreditieren, nicht aber zu fördern. Sie seien überdies (wenn auch, wie mir versichert wurde, ungewollte) Bezeugungen der Verachtung gegen Mitmenschen, die man bekämpfen, aber nicht diffamieren dürfe und sie stünden somit im Widerspruch zu der These:

"Wir wollen den Juden als Fremdling achten."

Als der Auftrag trotz Versagens der Genehmigung angebracht wurde, habe ich den Studierenden mein Bedauern über ihr Verhalten nicht verhehl, und zwar nicht nur wegen jener Entgleisungen, sondern auch deshalb, weil es nicht im Einklang stehe mit dem Erlass des Herrn Ministers vom 20. April: "Ich erwarte von jedem Studenten, daß er sich disziplinirt in die Hochschulen einordnet". Ich erklärte, daß ich, da der Aushang nun einmal angebracht sei, darüber, ob er wieder abzunehmen sei, die Entscheidung des Herrn Ministers einholen werde, der für einige Tage von Berlin abwesend war.

Die Mitteilung, daß ich das Rektorat des Aushanges wegen niedergelegt hätte oder niederzulegen beabsichtige, trifft nicht zu. Mit einem solchen Schritt, den ich übrigens ohne Zustimmung des Senats der Universität nicht tun würde, hätte ich den Interessen der Universität nicht gedient und überdies der Anordnung des Herrn Ministers vorgegriffen, nach welcher demnächst an allen Hochschulen der Rektor, die Dekane und die Senats neu zu wählen sind.

Die Deutsche Studentenschaft erlässt eine Gegenklärung, in der es u. a. heißt:

"Herr Professor Kohlrausch, der an Einzelheiten mäkelnd sich der Aktion der Deutschen Studentenschaft entgegensehen zu müsse glaubt, hat in seiner Eigenschaft als Rektor der Berliner Universität sein Unbehagen über die Haltung der Deutschen Studentenschaft dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er den Aushang der 12 Sätze der Deutschen Studentenschaft 'Wider den undeutschen Geist' zu verhindern sucht.

Wir sagen hierzu: 'Wir verehren nur die wenigen Lehrer an Deutschlands Hochschulen, die aus dem Geiste, aus dem wir leben und handeln, aus dem Geiste der SA, schaffen und lehren, sie allein hätten das Recht der Kritik, weil sie unser Vertrauen haben.'

An jeder Universität ein "Schandmal!"

Weiter teilt die Deutsche Studentenschaft mit:

"Zu Beginn des Sommersemesters am 3. Mai wird jede Studentenschaft auf dem Gebiet ihrer Hochschule ein Schandmal errichten. Es wird das ein etwas übermannshoher Baumstamm sein, ein Schandpfahl, an den die Studenten undeutsche und unwissenschaftliche Schriften sowie die Erzeugnisse derselben, die sich durch ihre Beteiligung an der Grenzhebe vom deutschen Volke losgesagt haben, nageln werden."

Bücher werden öffentlich verbrannt.

Der Aufgabenkreis des Ausschusses, der für die Säuberung der Berliner Stadtbibliothek von marginalischem Schrifttum eingesetzt wurde, ist auf sämtliche Berliner Stadt- und Volksbüchereien erweitert worden.

Es gehört zu den ersten praktischen Aufgaben des neuen Ausschusses, darüber zu wachen, daß der Neuausbau der Büchereien auf volksbibliothekarischer Grundlage und nach bibliothekswissenschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Diese Arbeit soll in persönlicher Führungnahme und im engen Einvernehmen mit den örtlichen Stellen und Bezirksamtern vor sich gehen.

Der Ausschuß hat den Bezirken und ihren Büchereien eine Anzahl von 'Schwarzen Listen' zugehen lassen, in denen die volkssfreunde und marginale Literatur genannt ist, auf deren Ausmerzung es vor allem ankommt. Weiter wurden Listen über die wichtigsten Bücher fertiggestellt, die für die Auffüllung der im Bestandsaufbau entstandenen Lücken am geeigneten sind. Ebenso liegen Listen der für die städtischen Lesefäle empfehlenswerten Zeitungen und Zeitschriften vor. Über die in verschiedenen Berliner Bezirken von einzelnen Kommissionen schon getroffenen Maßnahmen für die Auschaltung schädlichen Schrifttums steht dem zentralen Ausschuß das Recht der Prüfung und der endgültigen Entscheidung zu.

Ein Teil der aus den Büchereien ausgeschiedenen zerstörenden Bücher, vor allem die Asphalt-Literatur, soll zusammengetragen und öffentlich verbrannt werden. Der Termin für dieses große Autodafé, dem symbolischen Bedeutung zukommen soll, wird später bekanntgegeben.

Der zentrale Ausschuß besteht aus Dr. Max Wieser (Spandau), Dr. Hans Engelhard (Stadtbibliothekar) und Dr. Wolfgang Herrmann.

18 000 Schuhäftlinge im Reich.

Neues Konzentrationslager auf der kurischen Nehrung.

Die Zahl der Schuhäftlinge hat in Preußen mittlerweile noch um 2000 zugenommen. Dazu kommen noch die Personen, die am übrigen Reich in Schuhhaft sich befinden, so daß gegenwärtig etwa mit 18 000 Schuhäftlingen zu rechnen ist.

Auf der kurischen Nehrung zwischen Sackau und Rossitten soll demnächst ein Konzentrationslager für 5000 politisch verdächtige Personen eingerichtet werden. Beamte sowie Vertreter der Regierung sollen bereits an Ort und Stelle gewesen sein und den sogenannten "alten Baum" als Stätte für das Lager ausgesucht haben.

Der Abfall der Braunschweiger Deutschnationalen.

Eine Stellungnahme der deutschnationalen Parteileitung.

Wie das Conti-Bureau mitteilte, sollte der Landesverband der DNVP. Braunschweig zur NSDAP. übergetreten sein. Dazu veröffentlicht die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei folgende Erklärung:

Schon vor einigen Tagen wurde seitens der Partei der Führer des Landesverbandes Hannover-Süd, Oberstleutnant a. D. von Feldmann, als kommissarischer Führer des Landesverbandes Braunschweig der DNVP. eingesezt, weil der bisherige Vorsitzende, Studienrat Baumann, nicht mehr die Gewähr für eine energische, zielbewußte Führung des Landesverbandes bot. Auf Grund des noch ausstehenden Berichtes des kommissarischen Landesführers werden die notwendigen Maßnahmen getroffen.

Der deutschationale Landesführer im Wahlkreis Südhannover-Braunschweig, Oberstleutnant a. D. von Feldmann, erlässt folgenden Aufruf: "Auf Wunsch unseres Parteiführers habe ich die Führung des Landesverbandes Braunschweig übernommen. Ich begrüße unsere Parteifreunde und bitte sie um ihr Vertrauen. Durch den Übergang zahlreicher bisheriger Vorstandsmitglieder zur NSDAP. ist der Landesverband Braunschweig der DNVP. keineswegs aufgelöst. Sein weiterer Zusammenhalt wird davon abhängen, wieviel unsere Mitglieder von dem Gedanken erfüllt sind, der in der DNVP. genau so wie in der NSDAP. als maßgebend erklärt ist, nämlich der Gedanke der Treue und des Gehorsams gegen den Führer. Zu dieser Treue rufe ich hiermit auf. Unser Führer Hugoenberg ist von der Notwendigkeit durchdrungen, die DNVP. zu erhalten, gerade auch aus außenpolitischen Gründen. Dieser Standpunkt muß auch der untrügliche sein. Wir haben den Lebenswillen und das Lebensrecht der DNVP. klar zu betonen. Hierbei ist es selbstverständlich, daß wir treu und loyal zu der nationalen Regierung stehen, die der Herr Reichspräsident am 30. Januar durch das Bündnis der nationalen Führer geschlossen hat. Heil Deutschland!" —

Seinen Übergang in die NSDAP. erklärte der Gründer des braunschweigischen Stahlhelm, Uhlenhaut, der seit 1919 aktiv in der nationalen Front tätig ist.

Neues Wirtschaftsministerium in Bayern.

Amtlich wird in München die Errichtung und Gliederung eines bayerischen Wirtschaftsministeriums in drei Abteilungen mitgeteilt. Reichsstatthalter General Ritter von Epp, hat auf Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert zum Staatsminister für das neu gebildete Wirtschaftsministerium den Grafen von Quadt zu Wykradt und Isny ernannt, der zur Bayerischen Volkspartei gehört.

Ferner wurden ernannt auf Vorschlag des Gesamtministeriums zu Staatssekretären:

für die Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe im Staatsministerium Stadtrat Ludwig Stocker (deutsch-national),

für die Abteilung Landwirtschaft der bisherige Staatskommissar Georg Weber, nationalsozialistisches Mitglied des Landtages,

für die Abteilung für Arbeit und Fürsorge, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hans Dausser.

Präsidentenwahl im Deutschen Sängerbund.

Das nächste Sängerfest findet in Breslau statt.

Am vergangenen Sonnabend fand eine Sitzung des Deutschen Sängertages in Dortmund statt, auf deren Tagesordnung die Wahl des neuen Vorstandes stand. Für den verstorbenen 1. Vorsitzenden Prof. Hammerichmidt-München wurde wegen seiner bisherigen verdienstvollen Arbeit und mit Rücksicht auf seine positive Einstellung zu den Forderungen der neuen Zeit nach eingehender Erörterung Rektor Bräuer, der bekannte Vorsitzende des Berliner Lehrer-Gefangvereins und des Berliner Sängerbundes, mit überwältigender Mehrheit zum Bundesvorstand gewählt. Stellvertreter wurden Stadtschulrat Bongard-Saarbrücken und Justizrat Morhardt-Nürnberg-Eichenstadt, Schahmeister Hermann-Frankfurt a. M. Zum Obmann des Missionsausschusses wurde Staatskapellmeister Dr. Langemann-Kassel, des Wirtschaftsausschusses Dr. Langemann-Hannover und des Presseausschusses Prof. Dr. Pohlheim-Graz ernannt.

Als Ort des 12. Deutschen Sängerfestes im Jahre 1937 wurde Breslau bestimmt.

Das vorjährige Sängerfest in Frankfurt a. M. brachte einen Überschuss von 157 000 Reichsmark. Aus diesem Ergebnis sollen 50 000 Reichsmark für die Beschaffung eines Verwaltungsbürogebäudes reserviert werden, 21 000 Reichsmark erhält die Stadt Frankfurt a. M. für wohltätige Zwecke, für die Tuberkulosenfürsorge und für die Organisation von drei Arbeitslagern, der Technischen Nothilfe usw.

Nationalsozialistische Führertagung bei Göring.

Berlin, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichstagspräsidentenpalais fand eine Zusammenkunft der preußischen Gauleiter der NSDAP., der höheren SA- und SS-Führer, der führenden politischen Funktionäre, sowie der Schriftleiter der nationalsozialistischen Presse in Preußen statt, zu der auch Reichskanzler Adolf Hitler, Reichsminister Dr. Göbbels und zahlreiche der NSDAP. gehörende Länderminister erschienen waren.

Der Skandal um die Görreshaus-Gesellschaft.

Köln, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Generalkonsul Manz und Konsul Stocki sind jetzt auch der Vorsitzende der Görreshaus-A.-G. Justizrat Münnig und der Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei Bankdirektor Dr. Brüning, (der übrigens dem früheren Reichskanzler gleichen Namens weder verwandtschaftlich noch sonst nahestehend) verhaftet worden.



Erhältlich in allen Apotheken.

Englisch — Haupt-Fremdsprache!

Der preußische Kultusminister Rust hat in einem Erlass bestimmt, daß ab Ostern 1933 das Englische als zweite neuere Fremdsprache allgemein als Haupt-Fremdsprache beziehungsweise verstärkt zu betreiben ist.

Dieser Erlass hat die größte schulpolitische Bedeutung. Er setzt das Englische als bevorzugte Fremdsprache an die Stelle des Französischen, das nunmehr eine Nebensprache wird. Eigentlich müßte Englisch nunmehr sofort als Anfangssprache allgemein eingeführt werden.

Es wäre erfreulich, wenn wir im deutschen Schulwesen in Polen zu einem gleichen Beschuß kommen könnten. Nicht um der "Gleichschaltung" willen, sondern aus praktischen Gründen. Unsere Kinder sollen zunächst ihre deutsche Muttersprache und danach die polnische StaatsSprache völlig beherrschen. Wenn dann noch an den Mittelschulen eine neuere Fremdsprache freibleibt, dann können wir auf das Französische völlig verzichten, das für den praktischen Lebenslauf ganz bedeutungslos geworden ist. Das Studium der französischen Literatur (die man übrigens auch in Übersetzungen genießen kann), ist ein Luxus. Dagegen ist das Englische neben dem Deutschen die wichtigste HandelsSprache der Welt geworden. Es ist uns völlig unerträglich, weshalb man dieser modernen Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse noch nicht überall Rechnung getragen hat.

Republik Polen.

Der Kampf um den polnischen Studenten.

Das sogenannte "Studentische Hauptkomitee" und alle seine Unterabteilungen in den Universitätsstädten sind auf Veranlassung der Polnischen Regierung aufgelöst worden. Das "Studentische Hauptkomitee" soll, wie es in der Begründung heißt, nur als illegale Fortführung des verbotenen rechtssradikalen "Kreises des Großen Polen" anzusehen sein. Angeblich hat das "Studentische Komitee" bereits wieder einen Streik und Vorgehen gegen die Professoren zu organisieren begonnen.

Trotz aller Verbote scheint jedoch die regierungseindliche Richtung unter den polnischen Studenten immer mehr an Anhängern zu gewinnen.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 29. April.

Königsruhhausen.

06.35—08.00: Konzert. 12.05: Schulfunks. I. Volkssiederkonzert für die Schulen. Deutsche Geschichte im Volkslied. Anschi.: Wetter. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Zeitschriftenbau. 16.00: Stunde der Unterhaltung. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.10: Vogelensbau. 18.00: Das Gedicht. 19.05: Gaukonzert. 19.00: Stunde der Nation. Orchesterkonzert. Dirig.: Hans Pfleider. Hans Reimann, Berlin. 20.00: Im Wald auf der Heide. Bunter Abend mit Eugen Beck und anderen. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von München: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05 und 14.05: Schallplatten. 16.30: Konzert. 18.00: Abendmusik. 18.30: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutschlandfender: Orchesterkonzert. 20.00: Von Wien: Bunter Abend. 22.30: Unterhaltungskonzert (Schallplatten). 23.30: Von Leipzig: Gebietstreffen der sächsischen Hitler-Jugend. 01.30: Das stilte Vaterland. 02.30—03.00: Vivat academic. Eine Folge deutscher Studentenlieder.

Östergötland-Danzig. 06.35: Konzert. 09.05: Schulfunks. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutschlandfender: Orchesterkonzert. 20.00: Bunter Abend. 22.10: Nachrichten, Sport. Anschi. bis 23.30: Von Berlin: Tanzmusik. 23.30: Von Leipzig: Gebietstreffen der sächsischen Hitler-Jugend.

Leipzig. 06.35—08.15: Von Königsberg: Konzert. 12.00 ca.: Konzert (Schallplatten). 13.15: Johann Strauß spielt auf (Schallplatten). 12.40: Um den alten Trub (Schallplatten). 13.30: Unterhaltungskonzert. 14.45: Liederstunde. 15.30: Stunde der Jugend für die 14- bis 17jährigen. 16.30: Akkordeon-Duette. 17.00: Von München: Konzert. 19.00: Stunde der Nation. Von Deutschlandfender: Orchesterkonzert. 20.00: Von Berlin: Tanzmusik. 23.30: Von Leipzig: Gebietstreffen der sächsischen Hitler-Jugend.

Warschau. 12.10: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.25: Leichte Musik. 20.00: Leichte Musik. Funkorch. Solisten: Brochwicz, Soprani und Sempolinski; Heitere Lieder. Am Flügel: Urstein. 22.05: Chopin-Klavierkonzert. Rabcewicz, Pianistin. 23.00: Tanzmusik.

Das Deutschland-Lied im Berliner Rundfunk.

Vom 1. Mai ab bringt die Berliner Funk-Stunde (nicht etwa der Deutschlandfender Königsruhhausen) in ihrem Programm eine bemerkenswerte Neuerung.

Vorher wurde zum Abschluß des Tagesprogramms jedesmal das Deutschland-Lied gespielt. Auf Veranlassung des Intendanten der Berliner Funk-Stunde, Friedrich Arenhövel, wird vom 1. Mai ab die deutsche Nationalhymne zu einer anderen Zeit im Berliner Rundfunkprogramm gespielt werden. Es ist die Zeit der Flaggenparade gewählt worden, zu der jetzt schon die Lösung der Funk-Stunde gebracht wird, also die frühen Abendstunden, in denen erfahrungsgemäß der größte Teil der Hörer anwesend ist. Aufschließend an den Inhalt der Lösung wird das Deutschland-Lied in verschiedener Weise gegeben, also als Chorlied oder in verschiedenen Instrumentalversionen, zum Beispiel kommen.

Das Tagesprogramm selbst schließt vom 1. Mai ab mit einem Abendlied, einem deutschen Volkslied, das je nach Stimmungsgehalt des Abendprogramms ausgewählt wird.

Die Auflösung der Hapag-Lloyd-Union.

Unvermeidliche Subventionen. — Der Existenzkampf der deutschen Schiffahrt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Kampf zwischen Dollar und dem englischen Pfund.

An den europäischen Börsen mache sich im Laufe der letzten beiden Tage ein Kurskampf zwischen dem englischen Pfund und dem Dollar bemerkbar. Die Machtstellungen der beiden Währungen sind besonders scharf in London und Paris ausgespielt worden. Die Kurse schwanken im Laufe der Tage recht beträchtlich, so daß die herrschende Unklarheit eher vertieft, als beseitigt werden konnte. Die Beendigung der Washingtoner Besprechungen und die geringe Gewissheit, die über diese Besprechungen vorliegt, geben der Spekulation an den verschiedenen Börsen einen starken Antrieb. Die Auswirkungen dieser Erscheinungen sind jedoch sehr verschieden.

Gestern mache sich ein Kursrückgang des englischen Pfundes an allen Börsen bemerkbar. Londoner Devisen zeigen in Paris eine ausgeprägte rückläufige Tendenz. Der Kursrückgang betrug gegenüber dem Vortage einen Frank, so daß gestern das Pfund in Paris mit 87,15 notiert wurde. In Zürich notierte London 17,77 und lag gegenüber dem Vortag erheblich schwächer. Nicht so stark war der Kursrückgang des Pfundes an der Londoner Börse, aber auch hier gab die Notierung von 88,03 auf 87,31 nach. Zu gleicher Zeit fiel das Pfund gegenüber dem Schweizer Frank von 17,93 auf 17,81, und gegenüber dem Zloty von 31,00 auf 30,87. Zu gleicher Zeit notierte Warschau das Pfund mit 30,55—30,65. In den Nachmittagsstunden konnte sich das Pfund in Warschau auf 30,75 erhöhen.

Dem gegenüber konnte der Dollar seine Stellung ein wenig festigen, an der Warschauer Börse wurden Schätznotierungen auf New York mit 8,07—8,08 genannt, Kabel New York wurde mit 8,09 bis 9,19 gehandelt. An der Pariser Börse notierte der Dollar 22,95 gegenüber 22,87 am Vortage. Die Zürcher Börse notierte den Dollar amtlich mit 4,68. Nach Schluß der Börse hörte man in den Nachmittagsstunden sehr verschiedene lautende Notierungen. Es hat den Anschein, als ob das englische Pfund an den westlichen Börsen etwas zu Boden gewinnen könnte. Auch der Dollar konnte trotz verschiedener Schwankungen seine leichte Besserung behaupten.

Der Silberpreis zieht an.

Die letzten Ereignisse in den Vereinigten Staaten mit der Aufhebung des Goldstandards haben neben einem ungeheuren Auftrieb an allen Warenmärkten einen völligen Umtwung in der internationalen Silberwirtschaft ausgelöst. Das Silberproblem stand in den letzten Monaten häufig im Vordergrund allgemein wirtschaftlicher und währungspolitischer Erörterungen, und nachdem die Dolarkrise im März durch die Maßnahmen der amerikanischen Bundesregierung sehr schnell beseitigt wurde, glaubte man insbesondere der Regierungsherrn Finanzminister auch in den Staaten nicht, daß es gelingen würde, eine Remonetisierung und Revalorisierung von Silber zu erreichen.

Mit der Aufhebung des Goldstandards ist indessen gleichzeitig die Ausgabe von Silber-Zertifikaten und die Steigerung der Münzdeckung in Silber beschlossen worden. Daneben hat man versucht, daß ein Teil der Kriegsschulden bis zum Betrage von 100 Millionen Dollar in Silber von den Vereinigten Staaten angenommen werden kann. Der Silbermarkt reagierte außerordentlich stark auf die Ereignisse, und die Preise erfuhrn eine Aufwertung, die weit über das Maß der Abhängigkeit des Dollars hinausging. Nachdem im Laufe des vergangenen Monats die Kurse für Feinsilber in New York von 30 bis auf 27 Cents heruntergingen, ist bis zum Schluß des Berichts eine Steigerung auf 35 $\frac{1}{2}$ Cents eingetreten, der dann vorübergehend eine leichte Abhängigkeit folgte, um dann einer erneuten Erhöhung bis auf 35 $\frac{1}{2}$ Cents Platz zu machen.

Die niedrigsten Notierungen wurden Anfang des Jahres in Amerika mit 24 $\frac{1}{2}$ Cents erreicht. 1913 betrug der Durchschnittspreis über 50 $\frac{1}{2}$, 1924 etwa 66 $\frac{1}{2}$, 1929 ungefähr 53 und 1932 etwa 27,70 Cents je Unze. Bemerkenswerterweise ist übrigens auch an den deutschen Märkten eine starke Aufwärtbewegung zu verzeichnen. Die Notierungen kamen in der letzten Woche von ungefähr 38 zu 39 Rmk. bis auf 43 zu 45 $\frac{1}{2}$ Rmk. (Kriegspreis etwa 77 $\frac{1}{2}$ M.) erhöht werden, während im vorigen Monat bei der Börse im Zusammenhang mit der plötzlich auftretenden Währungskrise in den Vereinigten Staaten die Preisbewegung nur zögernd mitging. Die statistische Lage von Silber hat sich seit Anfang 1932 wesentlich geändert, und zwar hauptsächlich durch Drosselung der gesamten Produktion.

Schwierige Lage der elektrochemischen Industrie Polens.

Die Lage der elektro-chemischen Industrie Polens hat in letzter Zeit eine weitere Verschlechterung erfahren. Der Inlandsabsatz an elektrochemischen Erzeugnissen fiel entsprechend der vermindernden Produktion im Bergbau und im Hüttenbetrieb. Die überfüllten Fabrikhallen sind in solchem Ausmaße gewachsen, daß sich die Notwendigkeit der völligen Schließung einer größeren Anzahl elektrochemischer Fabriken für eine gewisse Zeit ergab. Zweds Erhaltung der Produktion wurde von einem dieser stillgelegten Betriebe eine besondere Abteilung für Eisenchrom organisiert. Eisenchrom brachte bekanntlich die polnische Hüttenindustrie zur Erzeugung von einigen Spezialstahlsorten. Eisenchrom wurde bis vor kurzem noch vollständig aus dem Auslande eingeführt. Mit der Aufnahme der Produktion dieses Artikels in Polen ging der Import allmählich zurück. Die Industrie fordert für dieses Erzeugnis natürlich einen entsprechenden Zollschutz.

Die Ausfuhr einer Reihe anderer Erzeugnisse der elektro-chemischen Industrie Polens ist seit dem Jahre 1931 erheblich gesunken. Als Ursachen werden zum Teil die fortwährende Wirtschaftskrise, zum Teil die Währungsschwankungen in den Absatzländern angegeben. Zur Stärkung der Exportfähigkeit wird von interessierter polnischer Seite die Gewährung von Ausfuhrprämien für Blechdosen verlangt, welche zur Verpackung von elektrochemischen Artikeln aller Art dienen. D.P.W.

Aufhebung des Konkurses der Widzewer Manufaktur. Wie aus Lodz berichtet wird, soll der Handelsrichter die Niederschlagung des Konkursverfahrens gegen die Widzewer Manufaktur beantragt haben. Das Handelsgericht wird diesen Antrag am 5. Mai d. J. in Erwägung ziehen. Auf Verlangen des Konkursverwalters wurde eine provisorische Bilanz des im Konkurs stehenden Unternehmens für den 28. März angefertigt, aus der hervorgeht, daß sich der Gesamtbetrag auf 108,5 Millionen Zloty beläßt. Auf der Seite der Aktiva werden die Bauten mit 4,9, Immobilien mit 8,2, Maschinen und Einrichtungen mit 51,8 Millionen, Rohstoffe mit 7,4 und die Schuldner mit 11,3 Millionen Zloty angegeben. In zweifelhaften Forderungen steht in der Bilanz ein Posten von 7,4 Millionen Zloty. Seit man auf der Seite der Pajstwa den Betrag des Anlagekapitals von 31 Millionen, des Amortisationskapitals von 32 Millionen, des Reservekapitals mit 5,7 Millionen den Gläubiger-Akzepten und Obligationen mit 37,8 Millionen entgegen, so ergibt sich ein Verlust von 15,9 Millionen Zloty. Für Montag dieser Woche war eine Gläubigerversammlung anberaumt worden, die jedoch noch nicht zustande kam, da angeblich außerhalb des Gerichtes Befreiungen zwischen Gläubigern und dem Schuldner geschlossen werden.

Firmennachrichten.

v. Thorn (Toruń). Zahlungsaufschub hat der Gutsbesitzer Adam Czarliński aus Barczewko, Eigentümer des im Grundbuch Barczewko, Blatt 1, eingetragenen Grundstücks, beantragt. Termin am 6. Mai 1933, 10 Uhr, im Bezirksgericht, Zimmer 7.

v. Neumark (Nowemialto). Zahlungsaufschub hat der Kaufmann Alfons Bielecki in Neumark beantragt. Termin am 13. Mai 1933, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 20.

v. Gdingen (Gdynia). Zwangsversteigerung des in Gdingen belegenen und im Grundbuch Kamienna Góra, Blatt 285 (Bauparzelle 2398 Quadratmeter und Wohnhaus), am 5. Juli 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 33.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Durch die Devisenkrise des Präsidenten des Hamburgischen Senats, Bürgermeister Krogmanns in der Freien Stadt Bremen wird die Neugestaltung des Schiffahrtswesens energisch vorwärts getrieben. Eingehende Verhandlungen finden bereits in Berlin statt. Abgesehen von der Notwendigkeit einer Reorganisation an Haupt und Gliedern sind schon deshalb sofortige Hilfsmittel erforderlich, weil die deutsche Großschiffahrt durch die Devisionlage nach Aufgabe des Goldstandards durch Amerika den größten Gefahren ausgesetzt ist. Bürgermeister Krogmann fordert zur Wiederherstellung der Rentabilität einen Währungsausgleich, solange die Reichsregierung die heutige Währungshöhe aufrecht erhalten zu müssen glaubt. Dieser könne in der Praxis nur so aussehen, daß für die Devisen, die von den Schiffahrtsgesellschaften abgeliefert werden, ein Währungsausgleich gezahlt wird, und zwar in der Form, daß die Devisen als Golddevisen verrechnet werden. Das heißt, daß das Pfund entsprechend seiner Goldparität gezahlt wird und nicht nach dem Tageskurs. Entsprechende Regelungen müßten für alle Währungen getroffen werden, die seit der Aufgabe des Goldstandards durch England ähnliche Maßnahmen durchgeführt haben.

Kommt es zu einer solchen Bestimmung, so entspricht dies einer direkten Subvention der deutschen Großschiffahrt, um sie wieder mit den Schiffahrtsgesellschaften anderer Staaten konkurrenzfähig zu machen, bzw. um überhaupt die deutsche Großschiffahrt zu erhalten. Es fragt sich nur, ob dieser Weg, der vorgeschlagen wird, die richtige ist; denn unter diesen Voraussetzungen würde der deutsche Reisende, der seine Überfahrt in Mark zu bezahlen hat, mehr bezahlen müssen als jeder Ausländer. Da es sich hierbei unter Umständen um beträchtliche Summen handelt, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß zumindest bis zu einem gewissen Grade eine Abwanderung des deutschen Reisepublikums auf fremde Schiffe erfolgt.

Weniger bedeutsam scheint die vielfach geäußerte Besorgnis, daß eine ähnliche Forderung auf die Berechnung von Devisen zur Goldparität aus Kreisen der Industrie gestellt wird. Hier liegen die Verhältnisse wesentlich anders; denn Industrie wie Landwirtschaft können und werden durch zollpolitische Maßnahmen gefördert, während eine entsprechende Regelung für die Schiffahrt nicht möglich ist.

Ob der deutschen Großschiffahrt ein Währungsausgleich in der vorgeschlagenen Form gewährt wird, oder ob nicht eine

andere Art der Subventionspolitik, die an sich unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidlich ist, gewählt werden wird, steht noch dahin. Einer generellen, wenn auch nur vorläufigen Lösung wäre durchaus der Vorzug zu geben, besonders solange die Währungsfragen noch völlig ungewiß sind.

Ausgehend von dem Währungsausgleich werden in der Krogmannschen Denkschrift noch viel weitergehende Unterstützungen gefordert, die in ihrem Endziel auf eine starke Reichsunterstützung hinauslaufen. Nun soll das Reich die Soziallasten übernehmen; eine Befreiung von allen Steuern und Abgaben, die nicht aus dem Überschuß, sondern aus der Substanz gezahlt werden, wird gefordert. Schließlich sollen die Kreditbedingungen denen angepaßt werden, die für ausländische Reeder gelten. In diesen Programmpunkten offenbart sich der Wunsch, eine völlig neue Rentabilitätsgrundlage für die deutsche Großschiffahrt zu finden, die darauf basiert, daß die deutschen Reeder jeweils unter den gleichen Bedingungen arbeiten wie ausländische. So hoch auch die auf diese Weise entstehenden Verpflichtungen des Reichs sich gestalten können, liegt dem Plan doch ein gesunder Gedanke zu Grunde. Im internationalen Wettstreit der Schiffahrt treibenden Nationen darf Deutschlands Position nicht durch Sonderbelastungen geschwächt werden. Die Notlage der deutschen Schiffahrt beruht nur zum Teil auf verschobenen internen Maßnahmen. Ausschlaggebend waren die Schrumpfung des Welthandels, der Rückgang des Passagierverkehrs und die Subventionspolitik der anderen Staaten, der man in Deutschland nicht gefolgt ist. Die bisher besprochenen Probleme beziehen sich weniger auf organisatorische Fragen, als auf eine wirtschaftliche Unterstützung. Ob organisatorische Beziehung ist schon insofern die erste Entscheidung gefallen, als die Auflösung der Union feststeht. Sie wurde seinerzeit durch die Banken erzwungen, ohne daß dafür eine direkte innere Notwendigkeit bestand. Die erhofften Vorteile blieben aus. Dafür wurde die deutsche Schiffahrtstruktur unbeweglich und schwerfällig. Die neue Auflistung in verschiedene Linientraditionen soll diesem Übelstand abhelfen. Allerdings geben hier die Ansichten von Hamburg und Bremen weit auseinander, wobei alte Konkurrenz und Sonderinteressen eine nicht abzulehnende Rolle spielen. Sicher ist, daß die Hapag-Lloyd-Union verschwindet. Aber die Auflistung wird nicht dazu führen, daß in bestimmten Fragen, die die deutsche Schiffahrt in ihrer Allgemeinheit betreffen, Uneinigkeit besteht. In allen solchen Fällen ist ein gemeinschaftliches Vorgehen sicher.

Empfehlungen der internationalen Tagung für Warenaustausch.

Paris, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Internationale Tagung für Warenaustausch, die in Paris zusammengetreten ist, hat im Anschluß an ihre Mittwochssitzung eine Reihe von Empfehlungen angenommen, die in fünf Punkten zusammengefaßt sind:

1. Die Organisation eines internationalen Büros für die Zusammenfassung der Unterlagen;
2. die Schaffung rechtlicher Maßnahmen, die die Beziehungen zwischen Kaufleuten verschiedener Staaten sicherer gestalten sollen;
3. die Schaffung von Maßnahmen, die die Beförderung auf der Eisenbahn und Schiffahrt erleichtern;
4. Vereinfachung der Zollmaßnahmen zwecks Beschleunigung des internationalen Warenaustausches;
5. Schaffung von Maßnahmen für eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Wirtschaften.

Diese Vorschläge haben lediglich eine akademische Bedeutung. Die handelspolitische Entwicklung kann erst eine eigentliche Wandelung auf der Wirtschaftskonferenz erfahren, die hier gemachten Vorschläge dürften dann wohl einen praktischen Wert erhalten.

Lieferung polnischer Elektroartikel nach Sowjetrußland.

Wie wir erfahren, gehören der in diesen Tagen in Warschau erwarteten russischen Handelsdelegation u. a. der stellvertretende Volkskommissar für den russischen Außenhandel und Mitglieder mehrerer russischer Einfuhrorganisationen an. In Warschau werden sieberhafte Vorbereitungen getroffen, um den russischen Wirtschaftsvertretern eine umfassende Orientierung über die Importmöglichkeiten von polnischen Industrieerzeugnissen nach Sowjetrußland zu geben. Wie von polnischer Seite verlautet, konzentrieren sich die Bemühungen des polnischen Organisationskomitees, welches die Führung der russischen Wirtschaftsvertreter durch die polnische Industrie übernommen hat, insbesondere auf die Erforschung von Exportmöglichkeiten für Erzeugnisse der polnischen elektrotechnischen Industrie.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 27. April auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polski beträgt 6% der Lombardzins 7%.

Der Zloty am 26. April. Danzig: Überweisung 57,15 bis 57,31, bar 57,22—57,34. Berlin: Überweisung 47,20—47,60. Wien: Überweisung 79,05. Prag: Überweisung 385,75. Paris: Überweisung 285,00. Zürich: Überweisung 58,00. London: Überweisung 30,75.

Warschauer Börse vom 26. April. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgrad —, Belgrad —, Budapest —, Budapest —, Danzig 45,17, 93 — 174,07. Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,60, 359,50 — 357,70. Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 30,65, 30,80 — 30,50. New York —, 8,12 — 8,04. Oslo —, Paris 35,10, 35,19 — 35,01. Prag 26,55, 26,61 — 26,49. Riga —, Sofia —, Stockholm 166,00, 160,80 — 159,29. Schweiz 172,35, 172,78 — 171,92. Tallin —, Wien —, Italien 46,50, 46,73 — 46,27. New York Umläge 8,07—8,08.

Freihandelsturz des Reichsmark 205,25.

Berlin, 26. April. Amtl. Devisentur. New York 3,846—3,854. London 14,48—14,52. Holland 171,33—171,67. Norwegen 74,18—74,32. Schweden 75,17—75,23. Belgien 59,19—59,31. Italien 22,08—22,12. Frankreich 16,64—16,68. Schweiz 82,17—82,33. Prag 12,70—12,72. Wien 45,45—45,55. Danzig 83,17—83,33. Warschau 47,50—47,70.

Zürcher Börse vom 26. April. (Amtlich.) Warschau 58,00. Paris 20,38. London 17,77. New York 4,68. Brüssel 72,37 $\frac{1}{2}$. Italien 26,95. Spanien 44,24. Amsterdam 20,80. Berlin 118,75. Stockholm 92,00. Oslo 90,60. Kopenhagen 79,30. Sofia —. Prag —. Belgrad 7,00. Athen 2,94. Konstantinopel 2,47. Brüssel 3,08. Helsingfors 7,86. Buenos Aires —. Japan 1,12.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,00 Zl. do. II. Scheine —. 31. 1 Pfnd. Sterling 30,50 Zl. 100 Schweizer Franken 171,67 Zl. 100 franz. Franken 34,96 Zl. 100 deutsche Mark 195,00 Zl. 100 Danziger Gulden 173,82 Zl. Prag —. Belgrad 7,00. Athen 2,94. Konstantinopel 2,47. Brüssel 3,08. Helsingfors 7,86. Buenos Aires —. Japan 1,12.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,00 Zl. do. II. Scheine —. 31. 1 Pfnd. Sterling 30,50 Zl. 100 deutsche Mark 195,00 Zl. 100 Danziger Gulden 173,82 Zl. Prag —. Belgrad 7,00. Athen 2,94. Konstantinopel 2,47. Brüssel 3,08. Helsingfors 7,86. Buenos Aires —. Japan 1,12.

Altienmarkt.

Pozener Börse vom 26. April. Es notierten: 5 prozent. Staatliche Konvert.-Anleihe 42,50 G. 4 prozent. Konvert.-Pfandbriefe der Pozener Landeshalt 37,50 + 4 prozent. Räumen-Dollaranleihe (Serie 3) 55 G. 4 $\frac{1}{2}$ prozent. Roggenbriefe der Pozener Landeshalt 5,90 G. 3 prozent. Bauanleihe (Serie 1) 41—41,90 G. Bank Polski 73 G. Tendenz unverändert.

Produkteumarkt.

Warschau, 26. April. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abchlüsse auf der Getreide- und Marenbörsen für 100 kg. Paritäts-Waggons Warschau: Roggen 20,00—20,50. Einheitsweizen 39,00 bis 40,00. Sammelmais 38,00—39,00. Einheitsmais 15,50 bis 16,00. Sammelhafer 14,50—15,00. Grügerste 15,50—16,00. Braunerste 16,00—16,50. Speisefelderhafer 21,00—24,00. Bittoriaherste 27,00—31,00. Wintertraps 47,00—49,00. Rottlee ohne dicke Flachsleide 90,00—110,00. Rottlee ohne Flachsleide bis 97% gereinigt 110,00 bis 125,00. Rottlee 70,00—90,00. roher Weizklee bis 97% gereinigt 100,00—125,00. Luxus-Weizklee 60,00—65,00. Weizklemehl 45,50—55,00. Roggenmehl I 33,00—35,00. Roggenmehl II 25,00—27,00. grobe Weizklemte 10,50—11,50. mittlere 9,50—10,50. Roggenkleie 9,50—10,50. Leinfladen 19,00—20,00. Rapstuchen 14,00—14,50.